

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 7. Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementspreis 1.50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenburgerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 15. Februar 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Zeile
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile .. 22. Jahrg.

Der Herr Obermeister als Nationalökonom.

I.
Schon in den frühesten Zeiten der Menschheit beobachtet wir das Bestreben, sich durch Ausnutzung fremder Arbeitskräfte ein angenehmeres Dasein zu verschaffen, als es durch eigene Arbeit möglich ist. Zu dem Zweck machte man sich Angehörige fremder Stämme dienstbar, indem man sie unterjochte und zu Sklaven herabwürdigte. Die unangenehmsten, schwierigsten und geisttödtendsten Arbeiten wurden diesen Sklaven übertragen, während die Herren entweder gar nicht arbeiteten oder sich die leichtesten Arbeiten vorbehielten. Im Zeitalter des mittelalterlichen Feudalismus vollzog sich die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in der Form, daß die Untertanen den Herren Abgaben geben und Frondienste leisten mußten, ohne irgendeine Gegenleistung dafür zu bekommen.

Heute, im Zeichen des Kapitalismus, liegt die Sache folgendermaßen: Der Unternehmer kauft mit Hilfe seines Geldes fremde Arbeitskräfte, die er ausnützt. Er bezahlt hierfür einen bestimmten Lohn, doch ist dieser Lohn keine volle Entschädigung für die Arbeitsleistung, sondern der Arbeiter muß mehr leisten, als er vom Unternehmer bekommt, denn sonst hätte es ja keinen Sinn, fremde Arbeitskräfte zu kaufen. Der Unterschied zwischen dem, was der Arbeiter leistet, und dem, was er vom Unternehmer bekommt, stellt der Unternehmer als Gewinn in die Tasche. Weiläufig bemerkt, sucht er diesen Unterschied möglichst groß zu machen, weshalb er die Leistung des Arbeiters fortwährend steigert, seine eigene Gegenleistung aber in niedrigen Grenzen halten oder gar herabsetzen will. Und wer dies am besten versteht, der ist das Musterbild eines kapitalistischen Ausbeuters und häuft Reichtümer auf Reichtümer.

Würde ein Unternehmer, als Verächter des kapitalistischen Ausbeutungssystems, seinen Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit im Lohn wiedererstaten, so bliebe für ihn selbst nichts übrig und es wäre dann viel vernünftiger, gar keine fremden Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es muß also etwas übrig bleiben, denn man spielt doch nicht zum Vergnügen die Rolle des Unternehmers, sondern man will Uberschuss erzielen. Wenn sich ein Kollege selbständig macht und fremde Arbeitskräfte einstellt, so hat er offenbar die Absicht, sich zu verbessern, um ein besseres, angenehmeres Dasein führen zu können; er will mehr verdienen, als es ihm durch eigene Arbeit möglich war, oder er will sich die Arbeit bequemer einrichten, oder er will unabhängiger dastehen als früher, oder er verfolgt alle diese Zwecke zusammen. Wäre dies nicht der Fall, so brauchte er ja nur Gehülfe oder Arbeiter zu bleiben. Das wissen die Unternehmer auch ganz gut, und wenn sie auch häufig jammern, daß sich die Arbeiter heutzutage besser ständen als die Unternehmer, so glauben sie doch im Ernste nicht selbst hieran, denn sonst könnten sie ja einfach die Rollen tauschen und Arbeiter werden.

Trotz des Gejamers der Unternehmer über die glänzende Existenz der Arbeiter infolge der „hohen“ Löhne und über die elende Lage des Unternehmertums finden sich doch auch immer wieder Leute, die die schwere Last, „Prinzipal zu spielen“, mit Freuden auf sich nehmen, weil sie ganz genau wissen, daß es doch noch immer angenehmer ist und auch mehr einbringt, als wenn man sich auf seine eigene Leistung beschränkt. Und wenn auch die Löhne der Arbeiter steigen, so steigt der Gewinn der Unternehmer doch noch mehr und die Ausbeutungsschraube funktioniert besser als vorher. Dies ist die Auffassung der Sozialdemokratie in dieser Frage und Herr Obermeister Hansen aus Hamburg hatte ganz recht, als er auf dem Malertage in Hannover die sozialdemokratische Theorie in den Satz klebte: Der Unternehmergewinn ist das Produkt der Leistungen, der richtigen der Mehrleistungen der Arbeiter, für die der Arbeiter keine Gegenleistung erhalten. Daher werden sie, auch wenn sie noch so hohen Lohn erhalten, immer die Ausbeuter des Arbeiters.“

So erfreulich es ist, daß Herr Hansen den Geist der marxistischen Mehrwerttheorie begriffen hat, so bedauer-

lich ist es, daß er durch seine Stellung als Arbeitgeber gehindert wird, sie als richtig anzuerkennen. Er fuhr nämlich fort: „Wir wissen dagegen, daß der Unternehmergewinn auf unserer eigenen produktiven Tätigkeit und nicht auf der Mehrleistung des Arbeiters beruht. Wir wissen sehr genau, daß dieser Gewinn sich einzig und allein als ein Produkt der richtigen Kalkulation darstellt. Wenn ich falsch kalkuliere, kann ich keinen Gewinn erzielen.“ Wir werden uns erlauben, die obermeisterliche Weisheit etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Augenscheinlich ist der Herr Obermeister in seinem ersten Satz sehr wenig originell, denn die Behauptung, daß der Unternehmergewinn das Produkt der eigenen Tätigkeit sei, ist so alt, wie der Kapitalismus selbst. Man darf sich nicht darüber wundern, daß der Kapitalismus eine solche Theorie aufstellt, denn es ist keinem Menschen angenehm, wenn man ihm sagt, er heute andere Menschen aus und sei als eine Schmaroherpflanze zu bezeichnen, die aus fremdem Markt ihre Kraft sauge. Viel angenehmer ist es, wenn es von einem Menschen heißt, er ernähre andere Menschen und Sorge mit väterlichem Wohlwollen für fremde Bedeuten. Aus diesem rein menschlichen Zuge erklärt es sich, daß die Unternehmer viel lieber als die Wohltäter, denn als die Ausbeuter erscheinen wollen. Wie weit dies Bestreben geht, zeigt uns die Ausrufung, die der deutsche Kaiser an der Spitze des Großindustriellen Krupps machte, dem er nachrühmte, daß er niemals an sich selbst gedacht, sondern immer nur für andere, nämlich für seine Arbeiter gesorgt habe. Wie wenig diese vorhinssittliche Auffassung der Wirklichkeit entspricht, ergibt sich daraus, daß Krupp alljährlich mehr als 20 Millionen Mark reinen Uberschuss aus seinem Geschäft gezogen hat, ohne auch nur den Finger krumm zu machen. Man könnte also mit größerem Recht sagen, daß die Kruppschen Arbeiter viel zu wenig an sich selbst denken und etwas zu reichlich für ihren Arbeitgeber sorgen.

Seitdem die Großindustrie mit ihren Riesengewinnen auf der Bildfläche erschienen ist und ihren Aktionären ein arbeitsloses Einkommen in den Schoß wirft, läßt sich die Ansicht kaum aufrecht erhalten, die Herr Hansen vertritt. Vernünftige Unternehmer bestreiten heutzutage auch gar nicht mehr, daß sie aus der Tätigkeit ihrer Arbeiter Uberschuss erzielen und sie bemühen sich krampfhaft, hierfür eine Begründung zu finden. Zunächst wiesen sie darauf hin, daß sie ihr Geld in Unternehmungen angelegt hätten, anstatt es zu verprassen. Für diese Entschuldigung fordern sie eine Entschädigung und sie sprachen deshalb einstmals von dem Unternehmergewinn als dem „Entbehrungslohn“, eine Auffassung, die unter dem Hohnlächeln der Sachkenner begraben worden ist. Sodann sprach man davon, der Unternehmergewinn sei eine Belohnung dafür, daß der Unternehmer seinen Arbeitern Arbeitsgelegenheit (Lohn und Brot) gewähre; dieser Dienst müsse dadurch belohnt werden, daß der Arbeiter einen Teil seines Verdienstes dem Unternehmer gebe. Demgegenüber macht der Arbeiter geltend, daß er seinerseits dem Unternehmer ebenfalls einen großen Dienste leiste, indem er ihm sein Material zu neuen Waren verarbeite. Und so wird die eine Begründung des Unternehmergewinns nach der anderen hinfällig, bis der Unternehmer zuletzt der Wahrheit die Ehre gibt und erklärt, daß er deshalb Anspruch habe auf einen Gewinn, weil er die wirtschaftliche Uberschmacht besitze. Er pocht auf seinen Geldsack und steckt den Profit kaktusähnlich in die Tasche, weil er weiß, daß der beschloßlose Proletar sich ausbeuten lassen muß, wenn er sein Leben fristen will. Darin stimmen also die Unternehmer und Arbeiter überein, daß in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft der Arbeiter Haare lassen muß, während der Unternehmer mehr verdient, als wenn er allein, ohne fremde Arbeitskräfte, seine Tätigkeit ausübt.

Auch Herr Hansen wird sich aus seiner Gehilfenzeit her noch erinnern, daß sein Meister ihm weniger Lohn gegeben hat, als die Leistung betrug, denn sonst hätte es keinen Zweck gehabt, ihn in Arbeit zu nehmen. Und wenn er jetzt als Meister einen Gehilfen einstellt, so tut er es, weil er hofft, daß ihm der Gehilfe etwas einbringen soll; entspricht der Gehilfe dieser Erwartung nicht, so fliegt er und Herr Hansen nimmt sich einen anderen, an dem er mehr verdienen kann. Es trifft also nicht zu, daß Herr

Hansen sich auf seine eigene produktive Tätigkeit verläßt, sondern er ist als Unternehmer gezwungen — falls er gute Geschäfte machen will — fremde Arbeitskräfte auszunutzen, deren über den Lohn hinausragende Mehrleistungen Gewinn abwerfen.

Malerverhältnisse in Elsfleth-Lothringen.

Mit besonderem Eifer hatte sich die ell.-Loth. Gewerbeinspektion auf die Inspektion der Maler- und Anstreicherbetriebe nicht geworfen. Von den 155 Betrieben, die im Unterelbfleth gezählt wurden, wurden bloß 10 Betriebe einmal und einer zweimal inspiziert, so daß von 431 Kollegen bloß 89 den Gewerbeinspektor zu sehen bekamen. Noch erheblich ungünstiger liegen die Verhältnisse im Oberelbfleth, wo von 156 Betrieben mit 601 Arbeitern bloß 2 Betriebe mit 9 Arbeitern inspiziert wurden. Nicht viel besser steht es in Lothringen, wo von 145 Betrieben mit 557 Arbeitern bloß 21 Betriebe mit 62 Arbeitern inspiziert wurden. Weder im Oberelbfleth noch in Lothringen wurde ein Betrieb mehr als einmal von den Gewerbeinspektoren besucht. Daß unter diesen Verhältnissen in den Verichten nicht viel über die Verhältnisse in unseren Berufen zu finden ist, ist ebenso begreiflich wie die Tatsache, daß es mit der Durchführung der Bundesratsverordnung recht sehr im argen liegen muß. Aus dem Unterelbfleth wird berichtet, daß Bleivergiftungen nur in drei Fällen zur Kenntnis des Gewerbeinspektors kamen und daß keiner dieser drei Fälle einen Maler, wohl aber einen mit dem Anreiben von Weißblei beschäftigten Arbeiter betraf. Trotz aller Vorsichtsmahregeln (Benutzung eines mit Essigwasser getränkten Respirators beim Pantieren mit trockenem Weißblei, Reinhaltung der Hände, reichliches Trinken der vom Unternehmer gelieferten Milch) erkrankte der Arbeiter; er verließ den Beruf, um sich eine andere Beschäftigung zu suchen. Dieser Fall beweist, daß mit den Anordnungen zur Selbstbehütung der Arbeiter selbst wenn sie auch so ernst genommen werden, nichts ausreichendes zum Schutze gegen die Bleigefahren geschehen ist, daß dank der Kritik die Forderung des möglichst weitgehenden Verbotes der Verwendung von Bleifarben bleiben muß. Aus dem Unterelbfleth wird des weiteren gemeldet, daß ein an einer Transformationsstation mit Anstreicherarbeiten beschäftigter Tüncher durch Berührung einer elektrischen Hochspannung leitend getötet wurde. Aus dem Oberelbfleth wird berichtet, daß eine Erlaubnis für Sonntagsarbeit in einem Neubau nicht ausgenützt werden konnte, weil die Maler die Sonntagsarbeit verweigerten. Ein Malermeister war wegen nicht erlaubter Sonntagsarbeit zur Bestrafung angezeigt worden. Das nachträglich eingereichte Gesuch um Erlaubnis wurde verlagert, es erfolgte wegen Uebertretung der Sonntagsruhebestimmungen eine Bestrafung in der Höhe von 5 Mark. Aus Lothringen wird gemeldet, daß zwei Bleivergiftungen bei den Anstreichern von Eisenkonstruktionen bei Eisenbahneubauten festgestellt wurden. Die Untersuchung ergab, daß die Mennige in einem offenen unbedeckten Faß in der zugigen, zum Aufenthalt der Arbeiter bestimmten Bauhütte aufbewahrt wurden und hier alle Gegenstände, auch die freihängenden Kleider usw., selbst die Nahrungsmittel verstauben konnten. Eine Waschgelegenheit war ebenfalls nicht vorhanden. Wenn derartige in den Betrieben der Reichseisenbahnen vorkommen, so ist die Nichtdurchführung der Bundesratsverordnung in privaten Betrieben nicht weiter erstaunlich. Der mangelhafte Bericht beweist, wie vieles noch zu geschehen hat, um auch nur die wenigen Arbeiterschutzbestimmungen der Bundesratsverordnung halbwegs zur Durchführung gelangen zu lassen.

Die Belastung kleinerer und mittlerer Einkommen durch die indirekten Steuern.

Die Frage der indirekten Steuern und ihrer Wirkung auf die verschiedenen Einkommenskategorien ist eine der wichtigsten der ganzen inneren Politik. Bekanntlich betreffen die — nicht aus Staatsbetrieben gezogenen — Einkommen des Deutschen Reiches, im Gegensatz zu denen der Bundesstaaten, ausschließlich auf indirekten Steuern, d. h. auf Einfuhrzöllen und Verbrauchsabgaben. Die herrschenden Klassen haben diese Steuerart eingeführt und halten sie allen Angriffen zum Trotz aufrecht, da sie die Möglichkeit bietet, die Lasten des Staatshaushaltes und der Landesverteidigung auf die Schultern der breiten Massen des Volkes abzuwälzen, und zwar in einer Form, in der diese Belastung angeblich nicht „gemerkt“ wird. Aus demselben Grunde hat die Arbeiterpartei die indirekten Steuern selbstverständlich auf das energischste bekämpft und ihre völlige Beseitigung und Erhebung durch progressive mit dem Einkommen wachsende direkte Steuern, die in erster Linie die Reichen und Wohlhabenden treffen, verlangt.

Tatsächlich wirken die indirekten Steuern, soweit sie für unentbehrliche Massenverbrauchsartikel erhoben werden — und andere bringen im allgemeinen nicht viel ein — als Kopfsteuern, d. h. sie belasten die einzelne Familie nicht entsprechend ihrem Einkommen, sondern entsprechend der Zahl ihrer Köpfe — der denkbar ungerechteste Steuertypus! Die indirekte Steuer ist also im Vergleich zum Einkommen eine umgekehrte proportionale, je kleiner das Einkommen, desto größer ist der Prozentsatz der erhobenen Steuern und umgekehrt. Ist diese allgemeine Wirkung

der indirekten Steuern durchaus feststehend, so ist es nichts desto weniger von Wichtigkeit, ihre Wirkungen auch in einzelnen auf die verschiedenen Einkommenskategorien der Bevölkerung zu studieren. Decartige Berechnungen sind denn auch bereits mehrfach von Arbeitersekretariaten usw. an der Hand von Arbeiterbudgets angefertigt worden.

Einen Versuch auf bedeutend breiterer Grundlage macht Dr. Wilh. Gerloff, Tübingen, in seiner im letzten Hefte der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ veröffentlichten Studie: „Verbrauch und Verbrauchsbelastung kleiner und mittlerer Einkommen in Deutschland um die Wende des 19. Jahrhunderts“, die für die Beurteilung der ganzen Frage und speziell unserer agitatorischen Stellungnahme zu derselben außerordentlich wertvolle und interessante Resultate liefert. Dr. Gerloff hat seinen Untersuchungen in der Hauptsache eine Anzahl authentischer Veröffentlichungen von Haushaltungsbudgets aus dem Arbeiter- und Beamtenstande zugrunde gelegt. Wir nennen daraus: Berichte der bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektoren (1900-1905), Haushaltungsrechnungen Nürnberger Lohnarbeiter (herausgegeben vom Arbeitersekretariat 1901), Haushaltungsrechnungen Hamburger Volksschullehrer (Hamburg 1902) u. a. m. Außer den in diesen Veröffentlichungen enthaltenen 180 Budgets hat G. zur Ergänzung noch 889 Berliner Arbeiterbudgets herangezogen, die auf Grund der vom Stat. Amt herausgegebenen Fragebogen während eines Jahres aufgezeichnet wurden, denen er jedoch der Art ihrer Erhebung wegen weniger Wert beilegt. Zur Charakterisierung der erwähnten 180 Budgets sei noch bemerkt, daß sie mit Ausnahme der in der Nürnberger Veröffentlichung enthaltenen alle aus den Jahren nach 1900 und vor 1905, also aus der Zeit vor Einführung des neuen Zolltarifs stammen. 74 sind aus Beamten- und 106 aus Arbeiterhaushaltungen, und zwar befinden sich darunter nach der G. sehen Einteilung 9 Budgets von Wohlhabenden mit einem Einkommen von 4000-6000 M., 61 des Mittelstandes mit 2000-4000 M., 76 von Minderbemittelten mit 1200-2000 M., 29 von Unbemittelten mit 800-1200 M., 5 von Armen mit unter 800 M.) Einkommen.

Leider standen G. Haushaltungsrechnungen aus höheren Einkommensstufen nicht zur Verfügung; die so wertvolle Veröffentlichung von Herr. Kirch scheint er nicht erkannt zu haben. Endlich sei noch bemerkt, daß die durchschnittliche Kopfszahl der Familien 4,2 war, wobei die ersten beiden Klassen und die letztere etwas unter, die anderen beiden über dem Durchschnitt standen.

Dr. G. hat nun versucht, auf Grund dieser Haushaltungsrechnungen die genaue absolute und prozentuale Belastung der verschiedenen Einkommenskategorien durch die wichtigsten indirekten Steuern festzustellen. Wir wollen in nachstehendem die von ihm gefundenen Resultate kurz wiedergehen.

G. beginnt mit der Salzsteuer, so ziemlich der unpopulärsten, wie er richtig bemerkt, aller indirekten Steuern. Auf Salz, diesem absolut unentbehrlichen Nahrungs- und Genußmittel, liegt in Deutschland eine Fabrikatsteuer von 12 % pro kg. Das mit 10 % verkaufte Pfund Salz hat also eine Abgabe von 6 % zu tragen. Die Salzsteuer brachte im Durchschnitt der Jahre 1900/05 einen Ertrag von 83 Millionen Mark ein, d. i. auf den Kopf der Bevölkerung 92 A., eine Summe, die dem Durchschnittskonsum von 7,6 kg entspricht. G. hat nun aus seinen Haushaltungsrechnungen folgende Belastung der einzelnen Klassen durch die Salzsteuer festgestellt:

Einkommen M.	Verbrauch im ganzen		Steuer	
	kg	pro Kopf	absolut M.	in Proz. des Einkommens
4000-6000	12,0	3,2	1,50	0,03
2000-4000	15,5	3,8	1,90	0,07
1200-2000	19,85	4,8	2,40	0,21
800-1200	26,5	6,2	3,20	0,31
unter 800	20,0	5,1	2,40	0,33

Daß der Durchschnittskonsum pro Kopf auch in der am meisten Salz konsumierenden Klasse 5 noch hinter dem

*) Durchschnittlich 720 M.

Fette und Öle.

Die Verwendung der Fette und Öle ist sehr mannigfaltig. Ein großer Teil wird zu Speisewegen verbraucht. Bei der großen Nützlichkeit der Fette und Öle untereinander sind Verälschungen recht häufig, um so mehr als ein Nachweis der Verfälschung nicht so leicht zu erbringen ist. Der medizinischen Verwendung einzelner Fette und Öle, wie des Ricinusöls, des Lanolins, des Lebertrans, ist schon gedacht. In Palästina wird als Jachäussöl ein Del aus Früchten des Jachäusbaumes gegen Brustkrankheiten verkauft. Auch bei uns wird noch in manchen Gegenden Handel mit Fetten verschiedener Tiere getrieben, die gegen mancherlei Krankheiten helfen sollen, so Fuchs-, Halm- oder Dachsfett. In dunklen Gegenden kann der Apotheker oder Drogist auch um den verfälschten Artikel Armesinderdarmgang angegangen werden, wofür er dann reines Schweinefett verkauft, das dieselbe Wirkung hat, da ja bekanntlich der Glaube Berge verfehlt.

Die feinsten geruchlosen Öle und Fette, wie Mandel-, Pfirsich- und Weizenöl oder Schweinefett, dienen besonders an den Mittelmeerküsten Frankreichs dazu, um aus Blüten ätherische Öle zu entnehmen. Manche Blumen — z. B. die Rose — geben ihr Öl, das den Geruch bedingt, schon ab, wenn die Blüten mit Wasser erhitzt werden; mit den Wasserdämpfen gehen die Deltröpfchen fort und können dann abgedestilliert werden. Die Gerüche anderer Blüten sind jedoch so zart, daß sie bei dieser Art der Gewinnung zerstört würden. Man bringt darum die Blüten in kaltes oder erwärmtes Öl, das den Geruch festhält. Einzelne Blüten vertragen dies noch nicht einmal, sie werden dann in geschlossenen Kästen auf Glasplatten, die mit einer dünnen Schicht Fett überstrichen sind, gelegt. Man erseht die Blüten alle 24 Stunden durch Frische, bis das Fett die gewünschte Stärke des Geruchs angenommen hat, was oft 30-40 Tage dauert. Den so gewonnenen Ölen oder Fetten entzieht man die größte Menge durch Wohlhol: das zurückbleibende ätherische Öl reicht hin, um die Fette als Pomaden zu verwenden.

Man unterscheidet trocknende und nichttrocknende Öle. Unter ersteren versteht man solche, die an der Luft unter Sauerstoffaufnahme zu einem durchsichtigen, elastischen Harz eintrocknen. Dierher gehören Leinöl, Hanföl, das chinesische Sojaöl, das aus den Früchten des Leinbaumes gepreßt wird. Langsamere trocknen Mohnöl, Wollnuss- und Sonnenblumenöl. Diese Öle liefern die Firnisse. Während rohes Leinöl in dünnen Schichten erst nach 3-4 Tagen trocknet, tut dies Firnis schon in 24

Stunden. Zur Darstellung des Bleifirnis erhitzt man Leinöl über freiem Feuer und rührt 3 Prozent Weiglätte oder auch Mennige oder Bleiweiß ein und kocht weiter bis auf 300 Grad. Hierbei findet eine Verbindung der Fett säure des Leinöls mit dem Blei statt, welche rascheres Trocknen bewirkt. Jetzt vermeidet man ein so hohes Erhitzen des Leinöls und setzt dem nur mäßig erhitzten Öle fertige Blei- oder noch besser Manganoxydverbindungen der Fett- oder auch Harzsäuren (aus Colophon gewonnen) zu, die man als Sikkative bezeichnet. Die Firnisse dienen in bekannter Weise mit Erdfarben angerieben als Delfarben für Anstriche aller Art.

Für Buch- und Steindruckfarben wird das Leinöl für sich allein gekocht — Dicköl — und mit Farben vermischt. Je feiner der Druck ist, um so mehr muß auch das Del eingekocht und verdickt werden.

Die einzelnen Schichten werden nach dem Austrocknen mit Winstein abgekliffen.

Bedeutende Mengen von Ölen und Fetten werden in der Seifenfabrikation verwendet. Die Seife war nach dem alten Plinius schon den Galliern bekannt, die sie als Salbenmaterial gebrauchten und aus tierischem Fett und Aschenlauge herstellten. Im Mittelalter spielt die Seife noch keine große Rolle. Erst mit der Herstellung der Seifenlauge (Anfang des 19. Jahrhunderts) ist sie bei uns ein billiger und allgemeiner Verbrauchsartikel geworden. Der Ausdruck Seife, daß der Kulturzustand eines Volkes seinem Verbräuche an Seife entspreche, kennzeichnet die rasche Entwicklung dieser Industrie. Von großem Einfluß auf die Seifenfabrikation war vor ungefähr 60 Jah-

ren die Einfuhr tropischer Pflanzenfette, des Palm- und Kokosfettes und anderer.

Die Seifen teilt man ein in harte, Natron enthaltende und weiche, mit Kali (Pottasche) bereitete. Als Rohstoffe dienen Fette der verschiedensten Art, meist solche, die Speisewegen nicht gebraucht werden können, ferner sogenannte Klein der Kerzenfabriken mit fetten Seiten zusammen. Für billige Seifen wird außer Fett auch Colophon verwendet. Reine Harzseifen finden in Bleichen von rohen Baumwollzeugen Verwendung, sie werden aus Harz und Natron gewonnen. Durchsichtige Seife erhält man durch Zusatz von Spiritus oder Glycerin. Billige Sorten durch Beimengung von Zucker. Schmierseifen werden ausschließlich mit Kalilauge hergestellt. Als Fett benutzt man solche, die keine gute Seifenlauge liefern, Fischtran, Lein-, Hanf- und Rübsöl. Seifenstein wird nicht ausgehalten, sondern noch warm Holzflässer gefüllt, wo er zu einer Gallerte erstarrt. Die Schmierseife wird oft Pottasche oder Stärkemehl Wasserlösung oder Garze zugefetzt.

Bedeutende Mengen Fett werden schließlich noch zur Herstellung von Stearin verwendet, das zur Kerzenfabrikation dient. Die auf verschiedene Weise gewonnenen Fettsäuren werden mit überhitztem Wasserdampf destilliert, um sie zu reinigen, sie stellen dann ein Gemisch verschiedener Säuren dar. Durch Pressung sondern man Säuren in feste und flüssige; erstere liefern das Stearin, letztere das Olein, das zur Herstellung von Seifen Verwendung findet.

Bei Seifenfabrikation scheidet sich so wie bei Stearingewinnung Glycerin ab. Das erstere, Seil oder Laugenglycerin, ist das geringste, das beste ist das der Zerlegung der Fette mit Wasserdampf gewonnen. Durch Destillation mit Wasserdampf wird es gereinigt und bildet dann eine wasserhelle blige Flüssigkeit von süßem Geschmack. Es findet Verwendung als Aromatisierungsmittel, aber ungeschädlicher Zusatz zu Getränken, sei als nicht eintrocknender Zusatz zu Druckfarben, Schuhschmier und Schnupftabak, um letzteren feucht zu erhalten. Je wird es mit Wasser gemischt zur Fällung von Gasen benutzt, sowie für sich allein zu Buchdruckwalzen. Salpeter und Schwefelsäure behandelt, liefert es den gefährlichen Sprengstoff Nitroglycerin oder Sprengöl, man lange Zeit nicht recht verwenden konnte, da es schon auf dem Transport explodierte. Durch Mischen Nieselgub (eine Erde, wie sie sich in der Nähe von Heide findet) erhielt Nobel (1867) Dynamit, das die Schwierigkeiten des Transports verträglich macht.

3.10, 7.50, 5.20, 4.— und 3.20 M.; in Prozenten des Einkommens 0,07, 0,28, 0,82, 0,39 und 0,44. Könnte die Berechnung noch nach oben fortgesetzt werden, so würde eine weitere Abnahme des Petroleumverbrauchs und damit der Petroleumsteuer ergeben.

Bei sehr vorrichtiger Berechnung unter Berücksichtigung des geringeren Steuerjahres für schlechteren Tabak kommt G. für die Belastung der Tabaksteuer zu folgenden Zahlen: Absolute Steuerhöhe: 4.30, 3.90, 2.70, 1.60 M.; prozentuale Höhe: 0,09, 0,15, 0,17, 0,26, 0,15.

Die Branntweinsteuer hat für die vornehmlich in Süd-, West- und Mittel-Deutschland also den einen relativ geringen Branntweinverbrauch aufweisenden Gegenden Deutschlands stammenden Budgets eine absolute Steuerhöhe von 3.80, 2.10, 1.30, 0.60 und 0.50 M. und eine relative von 0,08, 0,08, 0,09, 0,06 und 0,07 Proz. ergeben.

Bei der Biersteuer hat G. die so verschiedenen Befehle der einzelnen Staaten auf 1 M pro hl als Reichsdurchschnitt zurückgeführt. Er kommt dann zu folgenden Resultaten. Die absolute Höhe betrug für sämtliche Klassen 5.40, 3.70, 5.00, 2.60 und 1.60 M. In Prozenten des Einkommens ausgedrückt ergibt das: 0,11, 0,14, 0,32, 0,25 und 0,22. Trotz eines nur etwa ein Viertel so großen Konsums hat die ärmste Klasse ein doppelt so hohes Prozent ihres Einkommens als Biersteuer zu bezahlen wie die Wohlhabenden. Die drei hier angeführten Luxusartikel der unteren Volksklassen ergeben also zusammen eine prozentuale Belastung des Einkommens in sämtlichen Klassen von 0,28, 0,41, 0,58, 0,57 und 0,44 Proz.

Wir kommen nunmehr zu den eigentlichen Schutzgöllen die unter den Völkern die wichtigste wirtschafts-politische Rolle spielen. Hier konnte es sich natürlich nicht nur darum handeln, den auf die einzelnen Familien entfallenden Betrag der tatsächlichen Bolleninnahmen des Reiches zu ermitteln, sondern vielmehr die durch die Bollen bewirkte Verteuerung des gesamten Fleischn-, Brot- und Weizenkonsums festzustellen. Gleichgültig ist dabei, ob der Bollen eine tatsächliche Verteuerung herbeigeführt oder nur eine scheinbare Verteuerung hintangehalten hat. Wesentlich ist bald das eine, bald das andere zu. Unter der seit der Erhebung des Identitätsnachweises für Getreide fest stehenden Voraussetzung, daß durch die Getreidebölle der Inlandspreis um den vollen Betrag über den Auslandspreis gesteigert wird, hat G. folgende Zahlen für die Belastung der einzelnen Einkommensklassen durch die Weizen- und Roggenzölle gewonnen.

Einkommen M.	Verbrauch pr. Familie		Steuer	
	pr. Kopf	pro Kopf	absolut M.	in Proz. des Einkommens
4000-6000	650	169	22,75	0,50
2000-4000	800	198	28,00	1,05
1200-2000	717	151	25,00	1,60
800-1200	635	145	22,20	2,14
unter 800	470	123	16,50	2,28

Es ist zu betonen, daß diesen Berechnungen noch 3.50 M.-Bölle des alten Tarifs zugrunde liegt, sodaß die Belastung unter den heutigen Zollätzen circa das 1 1/2-fache der hier angegebenen betragen würde.

Auch die Verbrauchsangaben entsprechen selbst in der meisten Brot konsumierenden zweiten Klasse nicht denen dem Reichsdurchschnitt, der im Mittel der Jahre 1901-1904 242 kg betrug. Wir wollen hier nicht auf die wahrscheinlichen Ursachen dieser abweichenden Ergebnisse eingehen, soviel ist sicher, daß besonders die für die 3., 4. und 5. Einkommensklassen Konsumziffern und damit auch die Steuerbelastung weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Gleichfalls nicht annähernd ist der Fleischkonsum in die dadurch bedingte Steuerbelastung durch die G. sehen Berechnungen erfasst. Wir hatten in den letzten Jahren ein Durchschnittskonsum pro Kopf der Bevölkerung von 50 kg. G. berechnet — allerdings unter ausdrücklichem Vorbehalt — gerade in den ärmeren Klassen eine große Rolle spielenden Wurstverbräuchs — folgende Belastung an Fleisch, Fett und Schmalz (bei Annahme einer Verteuerung in Höhe von 100 Proz. des Rohls):

ren die Einfuhr tropischer Pflanzenfette, des Palm- und Kokosfettes und anderer.

Die Seifen teilt man ein in harte, Natron enthaltende und weiche, mit Kali (Pottasche) bereitete. Als Rohstoffe dienen Fette der verschiedensten Art, meist solche, die Speisewegen nicht gebraucht werden können, ferner sogenannte Klein der Kerzenfabriken mit fetten Seiten zusammen. Für billige Seifen wird außer Fett auch Colophon verwendet. Reine Harzseifen finden in Bleichen von rohen Baumwollzeugen Verwendung, sie werden aus Harz und Natron gewonnen. Durchsichtige Seife erhält man durch Zusatz von Spiritus oder Glycerin. Billige Sorten durch Beimengung von Zucker. Schmierseifen werden ausschließlich mit Kalilauge hergestellt. Als Fett benutzt man solche, die keine gute Seifenlauge liefern, Fischtran, Lein-, Hanf- und Rübsöl. Seifenstein wird nicht ausgehalten, sondern noch warm Holzflässer gefüllt, wo er zu einer Gallerte erstarrt. Die Schmierseife wird oft Pottasche oder Stärkemehl Wasserlösung oder Garze zugefetzt.

Bedeutende Mengen Fett werden schließlich noch zur Herstellung von Stearin verwendet, das zur Kerzenfabrikation dient. Die auf verschiedene Weise gewonnenen Fettsäuren werden mit überhitztem Wasserdampf destilliert, um sie zu reinigen, sie stellen dann ein Gemisch verschiedener Säuren dar. Durch Pressung sondern man Säuren in feste und flüssige; erstere liefern das Stearin, letztere das Olein, das zur Herstellung von Seifen Verwendung findet.

Bei Seifenfabrikation scheidet sich so wie bei Stearingewinnung Glycerin ab. Das erstere, Seil oder Laugenglycerin, ist das geringste, das beste ist das der Zerlegung der Fette mit Wasserdampf gewonnen. Durch Destillation mit Wasserdampf wird es gereinigt und bildet dann eine wasserhelle blige Flüssigkeit von süßem Geschmack. Es findet Verwendung als Aromatisierungsmittel, aber ungeschädlicher Zusatz zu Getränken, sei als nicht eintrocknender Zusatz zu Druckfarben, Schuhschmier und Schnupftabak, um letzteren feucht zu erhalten. Je wird es mit Wasser gemischt zur Fällung von Gasen benutzt, sowie für sich allein zu Buchdruckwalzen. Salpeter und Schwefelsäure behandelt, liefert es den gefährlichen Sprengstoff Nitroglycerin oder Sprengöl, man lange Zeit nicht recht verwenden konnte, da es schon auf dem Transport explodierte. Durch Mischen Nieselgub (eine Erde, wie sie sich in der Nähe von Heide findet) erhielt Nobel (1867) Dynamit, das die Schwierigkeiten des Transports verträglich macht.

Einkommen	Verbrauch		Steuer	
	im ganzen	pro Kopf	absolut	in Proz. des Einkommens
4000-6000	222,5	56,8	9,80	0,22
2000-4000	141,0	34,4	6,60	0,26
1200-2000	116,5	28,0	5,50	0,26
800-1200	81,0	18,4	4,00	0,30
unter 800	41,0	10,9	2,20	0,30

Unter den heute geltenden Rostfällen würde die Belastung etwa einen dreimal so hohen Betrag ergeben. Diese Tabelle weist besonders deutlich die Unterernährung der arbeitenden Klassen der Bevölkerung nach. Nimmt man an, daß in der Einkommensklasse von 4-6000 M das normale Quantum von Fleisch verzehrt wird, dann verbraucht die unterste Klasse nur den 5. Teil desselben, unter Berechnung des Wurfschwanzes beider vielleicht den 3. bis 4. Teil. Und angesichts dieser traurigen Tatsache gibt es noch Leute, die einer künstlichen Verteuerung des Fleisches durch Rölle und sonstige Einfuhrerschwerungen das Wort reden können. Eine Zusammenfassung der Brot- und Fleischpreise ergibt für diese wichtigsten animalischen und vegetabilischen Lebensmittel eine Belastung der verschiedenen Einkommensklassen von 0,72, 1,31, 1,96, 2,44 und 2,58 Prozent. G. bemerkt hierzu sehr richtig: „Es ist hier besonders beachtenswert, daß die Wohlhabenden bei ausgiebiger Brot- und Fleischverehrung im Vergleich zu ihrem Einkommen nur ein Viertel dessen zu zahlen haben, was die Armen selbst bei ungenügender Ernährung entrichten müssen.“

Rechnen wir den Betrag sämtlicher hier angeführten indirekten Steuern zusammen, so kommen wir zu einer Gesamtbelastung für die erste Klasse von 65 M oder 1,44 Proz., für die zweite Klasse von 66 M oder 2,5 Proz., dritte Klasse 61 M oder 4 Proz., vierte Klasse 52 M oder 4,9 Prozent und fünfte Klasse 47 M oder 5,1 Proz. Die Allermitteln sind also mit einer indirekten Steuer von 47 M oder 5,1 Proz. ihres Einkommens belastet, d. h. einen höheren Prozentsatz als er bei der direkten Einkommensteuer selbst von den allergrößten Einkommen (4 Proz.) erhoben wird! Und dabei bleiben diese Beträge, wie mehrfach nachgewiesen, noch weit hinter der Wirklichkeit zurück. Und das nennt man bei uns „Sozialpolitik“! Die schon Untersuchungen werden bei uns kämpfen um eine künftige Steuerreform eine wertvolle Waffe bilden. Sie haben die wunderbare Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit des indirekten Steuer Systems in das hellste Licht gesetzt.

Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion.

V.

Die christlichen Gewerkschaften sind ihrer parteipolitischen Struktur nach betrachtet ein eigenartiges Gebilde. Begründet, um die Gefilde der Zentrumspartei vor einem sozialdemokratischen Einbruch zu schützen, wuchsen sie bald über diese Aufgabe hinaus und wurden zu einem Schutzwall der gesamten politischen Reaktion gegen die answühlende Hochflut der Sozialdemokratie. Unter der Herrschaft des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sind auch arbeiterfeindliche Parteien auf Arbeiterstimmen angewiesen, wenn sie nicht an Einfluß und Bedeutung verlieren wollen. So begünstigten denn neben dem Drotwuchserzentrum, die scharfmacherischen Nationalliberalen, die reaktionären Antisemiten, ja sogar die Juncker und Junkerengenossen, die Konservativen die christlichen Gewerkschaften. Dieses rückständige Gemischel ging von der wohlwogeneren Absicht aus, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben, damit der proletarische Bruderzwist den Aufstieg der arbeitenden Klasse hemme. Und diese Spekulation auf Dummheit und Unverständnis war leider keine falsche. Trotzdem die „Christen“ die Arbeiterfeindschaft ihrer Hintermänner in Hunderten von Fällen erfahren mußten, leisteten sie ihnen noch immer getreulich Wächterdienste. Dabei hätten Arbeiterorganisationen alle Ursache, eine solche auffällige Freundschaft der Reaktionäre abzuwehren, da sie nur kompromittierend wirkt. Organisationen, die die Freundschaft dieser Leute finden, dienen wahrlich nicht dem Arbeiterinteresse! Organisationen, die sich nicht nur die Freundschaft dieser Leute gefallen lassen, sondern ihnen gar politische Handlangerdienste leisten, können sich auch nicht in die Toga der politischen Neutralität hüllen!

So gern die christlichen Gewerkschaften das letztere auch möchten, es gelingt ihnen nicht ganz, selbst aus ihrer Presse und ihren Werken schaut der parteipolitische Pferdeschuh herans. Allein die auffällige Tatsache, daß bei der legislativen Behandlung solcher Gesetzeswürfe, die gewerkschaftliche Angelegenheiten betreffen, die Ausführungen der christlich-sozialen und Zentrumsgewerkschaften in breiter Ausführlichkeit von der christlichen Gewerkschaftspressen wiedergegeben werden, während diejenigen der sozialdemokratischen Redner entweder verschwiegen oder direkt bekämpft werden — trotzdem die stenographischen Berichte beweisen, daß die ersteren nur ein schwacher Abklatsch der letzteren waren — wirft ein bezeichnendes Licht auf die politische Stellung dieser Gewerkschaften. Aber es fehlt in der christlichen Gewerkschaftspressen auch nicht an offenen Eingeständnissen ihrer parteipolitischen Tätigkeit. Nach der Wahl des Zentrumsgewerkschaften im Wahljahr zum bayerischen Landtag gesteht die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ der christlichen Hilfs- und Transportarbeiter, prägnant ein, daß „unser Verband bei der letzten Parlamentswahl zu intensiver Interessenvertretung alles daran setzte“. Dasselbe ist allerdings Mitglied des Verbandes, aber da doch in Bayern kein berufständiges Wahlsystem besteht, so legt man sich doch nicht für den Berufskollegen, sondern für den Politiker ins Zeug und die „politische Neutralität“ erhebt ein unheilbares Loch!

An der politischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften schenken auch „Der deutsche Maler“, das christliche Malerorgan, nicht recht zu glauben, als er Anfang Juli 1906 schrieb: „Die heute bestehenden (Partei-)Verhältnisse zeigen sehr wenig dazu (zur Betätigung innerhalb der Parteien), zumal in solchen Gegenden, wo man sich unser nur dann zu erinnern pflegt, wenn man sich Nutzen aus unserer Teilnahme an Wahlen usw. verspricht, um uns dann, wenn man unser nicht mehr bedarf, mit wenig Dank oder vielen billigen Wertungen zu verabschieden. Unsere Gutmütigkeit hat uns bisher blutwenig eingebracht und es dürfte absolut nicht überflüssig sein, die oft und bereitwillig geleisteten Dienste ab und zu ins

Gedächtnis zurückzurufen, damit wir nicht zum Schaden später auch noch mit Spott traktiert werden“, den sie allerdings schon heute vollumfänglich verdient hätten, dürfen wir wohl mit Recht hinzufügen. Arbeiter, die sich der politischen Reaktion in die Arme werfen, durch Zerplitterungsorganisationen die Stokkraft der Arbeiterbewegung schwächen und als ihre vornehmste Aufgabe den Kampf gegen die eigenen Klassengenossen, also gegen die eigenen Interessen, betrachten, haben Spott und Hohn überreich verdient. Zumal die Christenmenschen so töricht sind, daß sie, wenn sie ihre Interessen wahren wollen, diesen direkt ins Gesicht schlagen. Solches berichtet nämlich der christliche „Keramarbeiter“, indem er eine Resolution mitteilt, die in einer am 31. Dezember 1905 in Niederpleis tagenden christlichen Arbeiterversammlung angenommen wurde. In derselben heißt es: „Die Versammlung bedauert lebhaft das Vorgehen einzelner Arbeitgeber, welche kein Mittel unversucht lassen, um die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu hemmen, wodurch lediglich der Sozialdemokratie Vorschub geleistet wird.“

Die Unternehmer werden höllischen Respekt vor einer Arbeiterorganisation empfangen, die von ihnen Schritte erhält und dennoch sich bereit erklärt, gemeinsam mit ihnen gegen die eigenen Klassengenossen zu kämpfen! Der Bereitwilligkeit folgt nur zu oft die Tat. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Bochum kandidierte ein christlicher Arbeitersekretär auf einer Liste mit den Kandidaten der Bechenpartei und führte so den Bechenherren die Wählerstimmen der Gewerkschaftschriften zu, denselben Bechenherren, die jede Anerkennung der Arbeiterorganisationen prozig ablehnen!

Wir wollen die Differenzen der christlichen Gewerkschaften mit der nationalliberalen Partei des Saarreviers übergehen, wollen den Vereinigungsrummel der konfessionellen Vereine mit den christlichen Gewerkschaften und den 60 000 M-Bettel des Herrn Stöcker unbeachtet lassen, obwohl zu allen diesen Dingen nur parteipolitische Interessen die Veranlassung bildeten! Aber, wenn von der parteipolitischen Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften gesprochen wird, darf nicht vergessen werden, was die konservative „Sächsische Volkszeitung“ von diesem Thema zu sagen weiß. Sie berichtet von einer zu Dresden am 6. Oktober 1906 abgehaltenen Hauptversammlung des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen und schreibt:

„Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Beschlusfassung über den Anschluß der christlichen Gewerkschaften an den konservativen Landesverein. Der Vertreter der Gewerkschaften hatte sich an den Landesverein gewendet und der konservativen Partei die Unterstützung durch die christlichen Gewerkschaften bei den Wahlen angeboten.“

Natürlich wurde diese Offerte nicht abgeschlagen. Die ultramontane „Trierer Landeszeitung“ ist darüber aufgebrach und erklärt: „Es haben die Christlichen die programmatische Neutralität verlassen. Eine Gewerkschaft, die sich einer politischen Partei als Wahlkörper, als Mitarbeiter bei den politischen Wahlen zur Verfügung stellt, treibt im vollen Sinne des Wortes Politik. Das muß festgestellt werden!“ — Wir haben dem nichts hinzuzufügen!

Die praktische Arbeiterpolitik der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine.

Die Führer der Hirsch-Dunderschen, deren Anhängerzahl immer mehr zusammenschmilzt, haben sich zu einer großen sozialpolitischen Tat aufgeschwungen. In einer Konferenz des Zentralrats mit den Generalräten wurden folgende Leitsätze aufgestellt:

1 Prinzipielle Leitsätze.

Wir erstreben die Hebung der Arbeiterklasse zur Selbstständigkeit und Gleichberechtigung auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung. Zu diesem Zwecke arbeiten wir mit aller organischer Reife dieser Ordnung durch Selbsthilfe und Staatshilfe.

Wir gehen dabei von der Erkenntnis aus, daß der Arbeiterstand sich in einer unerfreulichen Lage befindet durch seine unsichere und unselbständige Existenz als Lohnarbeiter. Wir wollen den Arbeiter innerhalb des Lohnverhältnisses eine gesicherte Existenz erkämpfen.

Der Aufbau der dazu nötigen Organisationen ist nur zu erreichen durch die Bedienung und Entwicklung eines begehrtesten Standesbewußtseins, das bereit ist, Opfer zu bringen.

Wir scheiden uns von den sozialdemokratischen Gewerkschaften durch den Grundsatz der parteipolitischen Neutralität und dadurch, daß wir an Stelle des grundsätzlichen Klassenkampfes und der marxistischen Forderung des Kollektivbesitzes in erster Linie die Vereinbarung mit den Arbeitgebern in Form von Tarifverträgen setzen und uns auf nationalen Boden stellen.

Wir scheiden uns von den christlichen Gewerkschaften durch den Grundsatz der religiösen Neutralität, den wir unverändert hochhalten. Wir scheiden uns von ihnen, indem wir glauben, daß nur auf dem Boden politischer und geistiger Freiheit der Kampf der Arbeiter für Selbstständigkeit und Gleichberechtigung zum Erfolge führen kann.

Wir scheiden uns von allen Organisationen gelben Charakters durch die Erkenntnis, daß beide Produktionsfaktoren sich getrennt und in voller Unabhängigkeit voneinander organisieren müssen.

Wir sind der Überzeugung, daß die Arbeiterfrage nicht nur eine Wagenfrage ist, sondern weit mehr von großen Zeitidealen getragen wird, deren Wirkung in jedem Arbeiter erste Pflicht der Organisation ist. Als diese Ideale betrachten wir:

1. Das nationale Ideal.
2. Das Ideal sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft, des Schutzes der Schwachen gegen die Starken.
3. Das Ideal geistiger und politischer Freiheit und Selbstverwaltung.

4. Das Ideal ethischer Erziehung und Hebung des Einzelmenschen zu wirksamerer Mitarbeit in der Gesamtheit.

2. Sozialpolitische Leitsätze.

Wir fordern von den Unternehmern:

Die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Arbeiter bei der Regelung und Festlegung der Arbeitsbedingungen durch den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den beiderseitigen Organisationen mit Sicherung eines Mindestverdienstes, gleichberechtigte Mitwirkung bei Errichtung von Tarif- und Einigungsämtern, fortschreitende Aufbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bis auf längstens acht Stunden, wirksamen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts in Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft.

Gleiche Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit. Jährlichen Ferienurlaub aller Arbeiter und Angestellten unter Fortzahlung des Lohnes.

Gleichberechtigte Verwaltung aller Wohlfahrtskassen durch Arbeiter und Unternehmer.

Wir fordern zunächst vom Staat:

Neunstündigen Maximalarbeitsstag für alle Industrie- und Verkehrsarbeiter, achtsündigen Maximalarbeitsstag für alle Arbeiter der schweren Industrie (Eisen, Hütten, Bergbau), sowie der chemischen Industrie, Glas- und Spiegel-fabrikation und für alle Kontorangestellte.

Schutz der Frauenarbeit und Verbot der Kinderarbeit.

Ausbau der Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung), insbesondere Ausdehnung auf die Hausindustrie, Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung, Ausbau der Arbeitslosenversicherung durch die Gewerbevereine unter Mitwirkung der Gemeinden nach dem Genfer System.

Volle gleichberechtigte Selbstverwaltung aller Versicherungsanstalten durch Unternehmer und Arbeiter, freies Vereins- und Versammlungswort, Arbeitskammern und Reichsarbeitsamt, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Obligatorische Schiedsgerichte für alle Arbeitsstreitigkeiten mit Verhandlungszwang, (Genfer System.)

Ausdehnung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf alle Gemeinden beziehungsweise Bildung solcher für mehrere Gemeinden oder Kommunalverbände. Gesetzliche Einführung des Verhältniswahlsystems zu allen sozialen Wahlen.

Rechtliche Regelung des Tarifvertragswesens.

Verbesserung der Volksschule, Erleichterung des Besuches höherer Schulen für Unbemittelte.

Politische Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde.

Beseitigung aller indirekten Steuern auf notwendige Lebensmittel und Verbrauchsgüter.

Diese Leitsätze sind ein Sammelkriterium von vernünftigen Forderungen, die dem Programm der modernen Arbeiterbewegung entnommen sind, und von bombastischen Nebensarten, die dem Wortschätze der bürgerlichen Ideologen entstammen. Es dürfte für unsere Kollegen von Interesse sein, wenn wir dieses Machwerk mit einigen kritischen Bemerkungen begleiten.

Die Hirsch-Dunderschen Führer legen Wert darauf, zu betonen, daß sie auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft und in nationalem Geiste wirken wollen. Auch die modernen Gewerkschaften entfalten ihre Tätigkeit im Rahmen und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft und wollen schon in der Gegenwart dem Unternehmertum Vorteile abringen; wenn ihre Mitglieder über viele Gegenwartsarbeit hinaus noch Zukunftsarbeit treiben und, falls sie Anhänger des Sozialismus sind, die Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung anstreben, so beweisen sie dadurch, daß sie die Entwicklungsbedingungen der Menschheit kennen und aus der Geschichte gelernt haben, daß sich aus jeder Gesellschaftsform mit Naturnotwendigkeit eine neue herausentwickelt. Diese Auffassung hat aber mit unserer Gegenwartsarbeit an und für sich nichts zu tun. Und was die nationale Frage anbetrifft, so kämpfen auch die modernen Gewerkschaften selbstverständlich für die Verbesserung der Zustände im engeren Vaterlande, weil uns das Hemd näher ist als der Rock, wobei sie aber niemals die internationalen Zusammenhänge aus dem Auge lassen, zumal ja das Kapital in Bezug auf Internationalität uns mit „leuchtendem Beispiel“ vorangeht.

Auf das Gerede von der parteipolitischen und religiösen Neutralität wollen wir nicht eingehen, da dies Thema schon zu häufig erörtert worden ist, ohne daß es gelungen ist, unsere Gegner zu überzeugen. Wir möchten nur darauf hinweisen, daß auch die Neutralität der Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften nicht rein und zweifelslos dasteht und daß es nicht rasam ist, mit Steinen zu werfen, wenn man in einem Glashaufe sitzt. Auch der Harmoniebulle, der an Stelle des grundsätzlichen Klassenkampfes die friedliche Vereinbarung mit dem Unternehmertum setzen will, wird schon ganz von selbst in die Brüche gehen; die harten Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens werden den Hirsch-Dunderschen Kindern die Augen öffnen und ihnen Vernunft einpauken.

Uebereinstimmen können wir mit den Leitsätzen, wenn sie die Arbeiterfrage nicht lediglich als eine Wagenfrage auffassen, sondern auch den idealen Kern herausheben und wenn sie Forderungen stellen, die wir schon seit Jahrzehnten vertreten. Bemerkenswert ist noch, daß die Hirsch-Dunderschen ihren früheren Standpunkt der ausschließlichen Selbsthilfe aufgegeben haben und das Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben fordern. Wie sie in dieser Beziehung gelernt haben, so werden sie auch in anderer Beziehung lernen und sich weiter entwickeln. Was sie aber vor allen Dingen lernen müssen, das ist folgendes: Ideale dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sie müssen darauf praktisch verwirklicht werden. Ganz besonders muß man sich merken, daß man seine Mitglieder nicht sozialistisch bilden und zu ideal geistigen, hochstehenden Menschen erziehen kann, wenn man sie zu Streitbrechern degradiert.

Lohnbewegung.

Im 7. Bezirk sind jetzt bereits eine Anzahl Tarife gekündigt, teils von den Unternehmern, teils von unseren Filialen. Zunächst ist zu nennen Erlangen, wo von beiden Seiten gleichzeitig gekündigt wurde und ein Schreiben des Inhalts beilag, daß ein neuer Abschluß nur nach den Grundätzen erfolgen könne, die von der Hauptstelle des Verbandes für das Malergewerbe ausgearbeitet wurden. Wie diese „Grundzüge“ aussehen, entzieht sich noch unserer Kenntnis. In Nürnberg-Fürth, Landshut, Starberg ist ebenfalls gekündigt, die beiden letzteren Orte von den Unternehmern. Auch die Schwabacher Unternehmer haben sich bereit, uns die Kündigung zu überlassen, trotzdem der Tarif erst am 13. Mai abläuft mit vierwöchiger Kündigungsfrist. Die Meister in Kempten fanden es ebenfalls für notwendig, den Tarif zu kündigen, trotzdem er an und für sich schon abgelaufen wäre. Auch in Wahrenth haben die Unternehmer gekündigt. Dieser Tarif war schon am 1. Juni 1907 abgelaufen gewesen und hätte es einer Kündigung nicht bedurft. Die Süddeutsche Malerzeitung zählt diejenigen Orte auf, in denen die Tarife ablaufen und bringt auch die Orte Mibling und Augsburg. In Mibling sollte der Tarif am 15. Januar gekündigt werden, das ist aber von uns nicht geschehen, auch von den Unternehmern ist uns bis jetzt nichts bekannt geworden, daß der Tarif gekündigt wurde, somit läuft dieser Tarif ein Jahr weiter. Für Augsburg war seit 1900 nichts mehr geschehen, in welchem Jahre ein Tarifabschluß erfolgte auf unbestimmte Zeit. Wie daher die Südd. Malerzeitg. dazu kommt, gerade im heutigen Jahre — nach 8 Jahren — den Tarif ablaufen zu lassen, bleibt ihr Geheimnis oder das der Augsburger Unternehmer. Bis jetzt ist uns nichts davon bekannt, daß die Herren Meister in Augsburg mit uns einen neuen Tarif abschließen wollten.

In Schweinfurt haben wir es mit dem Arbeitgeberverband für das Bauergewerbe zu tun, da die dortigen Stuckateure und Tünchermeister bei diesem Verband organisiert sind. Es wurde uns der Mustervertrag vorgelegt, nach dem die Arbeitszeit 10 Stunden betragen soll, der Lohn 44 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ für Gehilfen in den ersten 4 Jahren nach der Lehrzeit soll der Lohn dem Unternehmer überlassen bleiben. Wir haben 48 $\frac{1}{2}$ Mindestlohn verlangt, und steht zu hoffen, daß wir zu einer Einigung gelangen. Die Verhandlungen haben bereits begonnen.

Die Kollegen werden daraus ersehen, daß es bereits auf der ganzen Linie vorwärts geht, und daß sie alle Ursache haben, die Agitation so energisch wie möglich zu betreiben, damit wir bei Zeiten gerüstet sind.

Aus unserem Berufe.

* Arbeitslosenstatistik der Filiale Hannover für die Monate Oktober, November, Dezember 1907.

Für den Monat Oktober:

Zahl d. Befragten	Zahl d. Arbeitslosen	Ausgefallene Arbeitstage wegen		Tage auf pro Kopf der		Durchschnittlicher Lohnverlust pro Tag	Lohnverlust wegen		Gesamt-Lohnverlust	
		Arbeitsmangel	Strandzeit	Befragten	Arbeitslosen		Arbeitsmangel	Strandzeit		
697	83	923	757	1,66	1,32	11,12	4,37	3334,96	705,88	4040,84

Für den Monat November:

686	104	1702	1477	2,25	2,48	16,96	3,84	5675,41	873,88	6549,29
-----	-----	------	------	------	------	-------	------	---------	--------	---------

Für den Monat Dezember:

641	221	3649	3214	4,85	5,69	16,51	3,64	11878,86	1413,36	13292,22
-----	-----	------	------	------	------	-------	------	----------	---------	----------

Der Einfluß der freien Jugendorganisationen auf die fachmännische Ausbildung der Lehrlinge. Eine nette geschmackvolle Ente wurde der „Berliner Malerzeitung“ (Nr. 11 v. 1. Jan. d. J.) aufgesetzt und mit lustigem Geschmahe kolportiert die gegnerische Presse, darunter auch die „Handwerks-Zeitung“, die Ente. Es heißt da: „Die Früchte der sozialdemokratischen „Jugendbewegung“ haben sich jetzt bei einer Gesellenprüfung gezeigt, in welcher der Vorsitzende des sozialdemokratischen Lehrlingsvereins in Steglitz bei Berlin, der Herr v. Stubenrauch seinerzeit Anlaß zu einer drastischen Antwort an den Lehrlingsverein gegeben hat, durchgefallen ist. Der „Herr Vorsitzende“ war bei einem Maler in der Lehre, bei dem sich, wie die „Handwerks-Zeitung“ schreibt, die Lehrlinge einer recht guten Ausbildung erfreuen. Der „Vorsitzende“ soll nun aber eine Prüfungsbearbeitung geliefert haben, deren sich ein Lehrling im ersten Lehrjahre geschämt hätte. Er wurde deshalb bei der Prüfung zurückgewiesen und soll nun nachlernen. Er will aber verzichten, dem elenden Handwerk den Rücken kehren und in die Redaktion des „Vorwärts“ eintreten. Dazu hat er offenbar reichlich genug gelernt!“ Die „Arbeitslose Jugend“, Monatschrift für die Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, bemerkt hierzu: Selbst wenn die Behauptungen in der Notiz zuträfen, ist es an sich schon unanstößig, eine Organisation für die fachmännische minderwertige Qualifikation eines ihrer 2000 Mitglieder verantwortlich zu machen. Der Karbenkende Mensch weiß, daß ein großer Teil der Menschen heute an falscher Stelle steht, oft nur darum, weil sie in der Wahl ihrer Eltern nicht vorsichtig genug waren. Aber an der ganzen oben zitierten Notiz ist kein wahres Wort. Der Leiter der Abteilung Steglitz der Berliner Jugendorganisation gehört gar nicht dem Malergewerbe an. Ueberhaupt befindet sich in unserer ganzen Mitgliedschaft in Steglitz nicht ein einziger Malerlehrling oder Malergehilfe. Also er stufen und erlogen ist die ganze verleumdende Notiz. Demgegenüber sei bei der Gelegenheit kurz darauf hingewiesen, daß die freie Jugendorganisation auf die gewerbliche Ausbildung des Lehrlings ebenso wie auf seine geistige einen recht günstigen Einfluß ausübt. Als Beweis dafür sei die Tatsache erwähnt, daß viele Funktionäre der Berliner Jugendorganisation bei ihrer Gesellenprüfung mit Prämien ausgezeichnet wurden. Der frühere Leiter der Steglitzer Abteilung hat an der Fortbildungsschule regelmäßig Prämien erhalten — so

lange allerdings, wie seine Zugehörigkeit zu unserer Organisation der Sinnung, die merkwürdigerweise über die Verteilung der Prämien zu entscheiden hat, nicht bekannt geworden. Die in der Berliner Jugendorganisation hervorragend tätigen Jugendlichen sind im Besitze der besten Zeugnisse der Volksschule sowohl wie auch der Fortbildungsschule.

Bezirkskonferenz des 7. Bezirks (Bayern)

abgehalten am 12. Januar ex. in Nürnberg. Vertreten waren 14 Filialen durch 18 Delegierte. Vom Hauptvorstand war Kollege Tobler anwesend. Die Konferenz wurde um 9 Uhr vom Bezirksleiter Kollegen Meyer eröffnet, der neben Kollegen Müller-Nürnberg als Vorsitzender bestimmt wurde. Als Schriftführer wurde Kollege Kemlinger-Nürnberg gewählt. Die Tagesordnung lautete: 1. Unsere Lohnbewegungen im Bezirk. 2. Der finanzielle Stand der Filialen. 3. Anträge.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Meyer. Redner weist auf die Situation hin, hervorgerufen durch den Zusammenschluß und die Zentralisation der Unternehmer im Malerberufe. Die Beschlüsse von Darmstadt und Hannover müssen uns veranlassen, eine dementsprechende Taktik einzurichten, durch unermüdete Agitation für einen noch besseren Ausbau, sowie auch für die finanzielle Stärkung unserer Organisation Sorge zu tragen, so daß wir auch diesem neuen Gebilde in jeder Beziehung gewachsen sind. In der Hand einer übersichtlichen Statistik berichtet Redner über den Stand, den Ausbau und die Bewegungen innerhalb des Bezirks. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß im Bezirk pro 1908 zwölf Tarife ablaufen. Tarife mit einer Dauer bis 1909 bestehen sieben, bis 1910 einer. Abgeschlossene wurden im Jahre 1907 zehn Tarife, davon acht ohne Streit. Der Mitgliederstand beläuft sich nach den bezahlten Beiträgen im 3. Quartal gerechnet, im Durchschnitt auf 2666, gegen 714 im Jahre 1900. Betreffs der Statistik bemängelt Redner die laze Einlieferung der bezüglichen Fragebogen, weist auf den Wert einer karten Statistil hin und erjudt die Delegierten, in ihren Filialen auf eine gewissenhafte Ausfüllung und prompte Zusendung an die Bezirksleitung hinzuwirken. Die Verhältnisse der einzelnen Filialen unterzieht er einer Kritik und richtet den Appell an die Kollegen, sich eines unbedingten Zusammenarbeitens mit der Verhandlungsleitung zu befleißigen und von jedem eigenmächtigen Vorgehen bei Lohnbewegungen und anderen bedeutungsvollen Vorkommnissen Abstand zu nehmen. Nur durch ein harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Orts- und Bezirksleitung ist es möglich, taktische Fehler zu vermeiden und etwas Ersprießliches zu erzielen.

Die sich hieran anschließende Diskussion war äußerst sachlich und lebhaft. Werner-München schilderte den Verlauf und Erfolg der dortigen Lohnbewegung und kritisiert damals begangene Fehler. Scharf geißelte er das Verhalten der Christlichen, das diese während und nach der Lohnbewegung zur Schau getragen haben. Während von christlicher Seite unserer Organisation Verorismus vorgeworfen wird, üben sie solchen in der perverlestesten Weise. Kollegen unserer Organisation, die in vorwiegend mit Christlichen befestigten Werksstätten hinkommen, werden von diesen begeistert und hinausgeleitet. In Verleumdung und Beuhdelung unserer Organisation sehen sie ihre Haupttätigkeit. Manchmal gelangt es ihnen auch, unter Berufung auf ihre geringeren Beiträge unaufgeklärte Kollegen von unserer Seite hinüberzuziehen. Ihr ganzes Verhalten läßt sie zu einer Schuttruppe der Unternehmer kempeln. Weiter wirft er die Frage auf, wie man dem Trick der Unternehmer, die Benutzung der Invalidenfarte als Uriaßbrief betreffend, wirksam entgegenzutreten könne. Dollinger-Vegnsburg bespricht die dortigen Verhältnisse. Die sogenannte Meinungsucherei der Meister unterzieht er einer scharfen Beurteilung, wünscht, daß gleichzeitige Lohnbewegungen mit anderen Gruppen des Bauberufes vermieden werden sollen und regt an, auf den Abschluß von einheitlichen Bezirksstatuten hinzuwirken. Niebner-München bedauert, daß auf der Konferenz zu viele Fragen angeregt werden. In Bezug auf den vom Arbeitgeberverband beabsichtigten Abschluß eines Generaltarifes wünscht er Direktiven vom Hauptvorstand. Wirsching-Würzburg bedauert, daß in dem dort abgeschlossenen Tarif kein Minimallohn festgelegt ist. Die von den Meistern gezahlte Aufbesserung beträgt 2-8 $\frac{1}{2}$; fremde Kollegen würden mit 35-40 $\frac{1}{2}$ abgepeist. In einzelnen Orten der Umgebung, wo durch gänzlichen Mangel oder durch schlechte Organisation der Abschluß eines Tarifes undurchführbar war, erhalten die Kollegen den horrenden Lohn von 21-30 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Dösch-Bamberg wünscht, daß den kleineren Lohnbewegungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde. Kollege Tobler unterzieht die allgemeine Situation, die Gründung des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe, ihre verwaltschaftliche Einrichtung, ihre Bedeutung hinsichtlich der Organisation und ihre event. Absichten, einer längeren Ausföhrung. In Bezug auf Tarifkündigungen spricht sich Redner dahin aus, daß solche nur im Einverständnis mit dem Vorstand und dem Bezirksleiter erfolgen sollen. Bei der nunmehrigen Sachlage ist vor allem notwendig, daß eine strenge Disziplin und ein gegenseitiges Handinhandgehen beobachtet wird. Die verschärften Kämpfe, die auch bei Schaffung eines Generaltarifes nicht ausbleiben werden, erfordern große Aufmerksamkeit und Vorsicht. Vor allen Dingen sei die Schaffung eines ausreichenden Kampffonds notwendig. Die Lokalkassen bedürften einer bedeutenden Stärkung. In Anbetracht der gesteigerten Anforderungen seien die Beiträge zu minimal und müßten unter Umständen erhöht werden. Zum Schluß seiner Ausführungen fordert Redner die Delegierten auf, in ihren Filialen in diesem Sinne zu arbeiten, damit wir bei künftigen Lohnbewegungen mit einer geschulten disziplinierten Kollegenschaft jedem Sturm Trost bieten können. In sen meier-Nürnberg bemerkt, es solle nicht allzu stark vor Streiks gewarnt werden. Es würde doch nicht getreift um des Streikes willen, sondern um die Lebenslage zu verbessern. Bei künftigen Lohnbewegungen solle den Interessen der sog. besseren Kräfte mehr Rechnung getragen werden. Wäh-fürth stimmt den Ausführungen seines Vorredners zu. Weiter warnt er vor Abschluß langfristiger Tarife, da solche eine gewisse Räumung in die Bewegung brächten und wir bei fortwährender Teuerung darunter zu leiden hätten. Um den Kollegen immerwährend die Notwendigkeit und den Wert einer guten Statistik ins Gedächtnis zu rufen, soll nach Anregung des Redners an hervorragender Stelle des „Vereins-Anzeigers“ stets darauf aufmerksam gemacht werden. Meyer: Generaltarife sind eine Folge

der wirtschaftlichen Entwicklung, der wir uns nicht entgegenstellen können. Daß ein Tarif, wie ihn uns die Unternehmer etwa anbieten werden, unseren Anforderungen noch nicht gleich entspricht, steht außer allem Zweifel. Ist dieser Zeitpunkt erst gekommen, so kann nur eine machtvolle, in jeder Beziehung leistungsfähige Organisation den Interessen der Kollegen Rechnung tragen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der finanzielle Stand der Filialen“, stellt Meyer u. a. fest, daß vor Jahresfrist noch eine Reihe von Filialen den minimalen Beitrag von 40 $\frac{1}{2}$ erhoben habe. Einige Filialen haben ihn im letzten Jahre aus eigener Initiative erhöht, wohingegen andere zu einer Erhöhung erst veranlaßt werden mußten. Es bezahlen von den 15 Filialen des Bezirks 1 Filiale 60 $\frac{1}{2}$, 6 Filialen 55 $\frac{1}{2}$, 8 Filialen 50 $\frac{1}{2}$ sowie im Winter zwei Filialen 20 $\frac{1}{2}$ und zwei Filialen 25 $\frac{1}{2}$. Der finanzielle Stand einzelner Filialen zeige ein geradezu bedauerliches Bild. Betreffs der Abrechnungen rät er die Sammelkassen einzelner Verwaltungen und ermahnt gleichzeitig, den Verpflichtungen der Hauptkassen nachzukommen. Wirsching befeuert einen Antrag auf eine Beitragserhöhung von 60 $\frac{1}{2}$ und verspricht, in dieser Beziehung sein möglichstes zu tun. Dollinger bedauert den schlechten Stand der Lokalkassen. Er ist der Ansicht, daß die Provinzialstädte ganz bedeutend schlechter wirtschaften müssen als die Großstädte, indem die verschiedenen Kartelle usw. zu große Opfer von den kleinen Filialen verlangen. Mit dem Beitrag von 60 $\frac{1}{2}$ pro Woche erklärt sich der Redner einverstanden, hält dagegen eine Erhöhung des Winterbeitrages für undurchführbar. Auch die nachfolgenden Redner Linenmeier, Müller, Werner u. a. erklären sich mit 60 $\frac{1}{2}$ Beitrag pro Woche einverstanden. Kollege Wäh bemerkt zu seinem Antrag, daß es sicher nicht zu den angenehmen Aufgaben gehöre, eine Beitragserhöhung durchzuführen; er ist jedoch der Meinung, daß wenn in diesem Falle von den Verwaltungen unsichere Vorgegangen werde, keine allzu große Opposition entstehen dürfte. Kollege Tobler bemerkt, daß die Konferenz zwar nicht kompetent sei, eine Beitragserhöhung zu beschließen, aber immerhin die Anregung gegeben werden könne. Was die Durchführung der Beitragserhöhung an betrifft, verweist Redner auf einige andere Städte, wo die Erhöhung ohne allzu große Opposition angenommen wurde. Kollegen, die deshalb ausgetreten, seien in kurzer Zeit, die Notwendigkeit der Organisationszugehörigkeit anerkennend, wieder beigetreten. Redner weist auf andere Bezirke hin, wo schon länger höhere Beiträge erhoben wurden. Der Ueberschuß der erhöhten Beiträge komme doch nur den Lokalkassen zugute. Dadurch, daß in Zukunft die Kämpfe scharfer werden, seien die Kollegen bei länger dauern den Streiks usw. aus Lokalmitteln zu unterstützen und es liege doch im eigenen Interesse, auf Erhöhung der Beiträge hinzuwirken.

Folgende von den Kollegen Dollinger und Schuber eingebrachte Resolution gelangt nunmehr zur Abstimmung. „Die heute, am 12. Januar, im „Historischen Hof“ tagende Konferenz des 7. Bezirks erkennt die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung zur Stärkung der Lokalkassen an und beschließt die Delegierten, in ihren Filialen in diesem Sinne zu wirken.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, daß die Agitationskommission vierteljährlich eine Uebersicht über den Stand der Filialen herausgeben soll, wurde ihr zur Berücksichtigung überlassen. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Kollege Meyer richtete noch einmal einen energischen Appell an die Delegierten, die Anregungen und Beschlüsse zu beherzigen und mit erneuter Kraft und frischem Mut an die Agitationsarbeit heranzugehen. Werden die Wege, die die Konferenz gezeigt hat, eingehalten, wird für einen ausgiebigen Kampffonds Sorge getragen, dann können wir auch den harten Kämpfen, die uns die Zukunft untrüglich bringen wird, mit eiserner Stirn entgegentreten. Schluß der Konferenz um 5 Uhr.

Braunschweig. (Jahresbericht.)

Im Jahre 1907 bewegte sich, entgegen dem Vorjahre, unsere Filiale in sehr ruhigen Bahnen, so allzu ruhigen Bahnen, so daß man wohl sagen muß, daß das kommende Jahr in dieser Beziehung eine Aenderung bringen möge. Infolge der vorjährigen Lohnbewegung, die, obgleich der Streik 2 Wochen gedauert, nicht die erwarteten Erfolge gebracht hatte, machte sich unter den Kollegen eine Mutlosigkeit bemerkbar, die der Lohnbewegung zu Anfang des Jahres den Stempel aufdrückte und dazu führte, daß sie abgebrochen wurde. Einen Einfluß hatte auch die sehr ungünstige Konjunktur gerade zu Anfang des Jahres, so daß wir gezwungen waren, unseren tariflosen Zustand fortzubehalten zu lassen. Hoffen wir, daß es in der kommenden Zeit gelingen wird, bessere Verhältnisse zu schaffen. Es wird dies ein leichtes sein, wenn jeder einzelne Kollege auf dem Posten ist und die Verwaltung weiß, daß sie die geschlossene Masse der Kollegen hinter sich hat. Daß dies im verfloffenen Jahre nicht immer der Fall war, hat sich verschiedentlich gezeigt. Einmal in Bezug auf unser Vorgehen zwecks Durchführung der Uebersichtungs-Vorarbeiten, ein andermal in Bezug auf die Innehaltung der Bauarbeiterzuschüsse. Dieses alles konnte nicht in der Weise durchgeführt werden, wie es notwendig war, weil die unbemerkt machenden Uebelstände der Verwaltung nicht in dem Maße mitgeteilt wurden, wie es wünschenswert war. Hoffentlich bringt das kommende Jahr hierin eine Besserung.

Die Mitgliederbewegung zeigte eine ständige, wenn auch mäßige Zunahme und wir können sagen, daß wir eine allzu große Fluktuation nicht zu verzeichnen hatten. Am Schluß des Jahres 1906 hatten wir 292 Mitglieder; aufgenommen wurden 180, zugerechnet waren 100, mithin ein Zugang von 260 Kollegen. Der Abgang — gestrichen wurden 62, ausgetreten sind 15, abgereist 141 — beziffert sich somit auf 218 Kollegen, so daß eine Zunahme von 48 Mitgliedern zu verzeichnen war. Die Filiale zählte am Schluß des Jahres 1907: 334 Mitglieder, nach verkauften Beitragsmarken berechnet: 314. Die Hoffnung, daß durch die im Januar erfolgte Wahl eines Geschäftsführers sich die Mitgliederzahl um ein bedeutendes heben würde, hat sich nicht erfüllt. Man hat hier immer noch mit einem alten Stamm eingeseffener Unorganisierter zu rechnen, zu organisieren wohl noch mancher Mühe und Arbeit bedarf. — Durch den Beschluß, die Versammlungen wieder alle vierzehn Tage stattfinden zu lassen, wurde nicht, wie erwartet, eine Besserung des Veranlagungsbesuches erreicht. Der Besuch war, mit einigen Ausnahmen, nach wie vor ein mäßiger zu nennen. Außer den Versammlungen

standen eine Anzahl Werkstättenbesprechungen und Vertrauensmännerversammlungen statt; leider ist hierbei zu konstatieren, daß in den ersten nur die organisierten Kollegen die Besucher stellten, so daß es nicht möglich war, die noch vorhandenen unorganisierten in den Werkstättenbesprechungen über unsere Lage aufzuklären.

Die Entwicklung unserer finanziellen Verhältnisse ist als eine günstige zu bezeichnen. Nachdem die Beiträge für die Sommerwochen auf 60 J. erhöht waren, machte sich ein erfreulicher Aufschwung bemerkbar, so daß wir die Schulden, die wir im Anfang des Jahres bei der Hauptkassaverzeichner, bald hinter uns hatten und jetzt die Filiale wieder einen Kassenbestand ihr eigen nennt. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 8420,62 M.; die Gesamtausgabe betrug 7890,81 M., so daß ein Kassenbestand von 535,81 M. zu verzeichnen ist. Es wurden im ganzen 16 334 Beitragsmarken verkauft. In die Hauptkasse wurden 3167,20 M. abgeführt; für Streiks und Gemahregelten-Unterstützung sind 443,50 M., für Krankenunterstützung an 90 Kollegen für 127 Tage 827,80 M., für Sterbeunterstützung an 5 Kollegen 50 M. und für Reiseunterstützung an 23 Kollegen 122,10 M. ausbezahlt worden. Die Ausgaben für Agitation betragen 134,10 M. und für Kartell und Sekretariat 148,75 M. Der Rest kam auf Verwaltungskosten. Postein- und -ausgänge waren 1966 zu verzeichnen. Die Zahl der Posteingänge stellte sich in Summa auf 464 Stüd., die der Ausgänge auf zusammen 1502. — Der Arbeitsnachweis wurde nicht in der Weise in Anspruch genommen, wie es notwendig ist; konnten doch von 289 offenen Stellen nur 59 vermittelt werden. Als arbeitslos hatten sich 168 Kollegen eintragen lassen. — Aus der Bibliothek wurden von 57 Kollegen insgesamt 273 Bände entnommen. — In den Zahlstellen Harzburg, Wolfenbüttel und Goslar kamen im Laufe des Jahres noch Helmstedt und Schöningen hinzu. In letzterem Orte sind die Kollegen (9) bis auf einen organisiert, während in Helmstedt das Verhältnis noch ungünstig liegt. In Goslar und Wolfenbüttel ist es den Kollegen gelungen, auf gutlichem Wege einen Tarif zu schaffen und eine Besserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. In Harzburg wurden die Kollegen im Frühjahr ausgesperrt, nachdem die Unternehmer erfahren hatten, die Kollegen beabsichtigen, ihre Lage zu verbessern. Zu einem Tarifabschluss kam es nicht, wohl aber ist zu verzeichnen, daß sich die Löhne trotzdem gehoben haben.

Wenden wir zurück auf das Jahr 1907, so müssen wir sagen, daß wohl manches hätte besser sein können, daß nicht alles so eingeschlagen, wie es sollte, unsere Filiale aber doch, trotz der hiesigen ruhigen Verhältnisse sowie ungünstigen Geschäftslage nicht zurückgegangen ist, sondern sich vorwärts bewegt hat. Sind wir dessen eingedenk, daß wir nur durch den Ausbau unserer Organisation in der Lage sind, einen Einfluß auf unsere Arbeitsverhältnisse auszuüben, so wird es uns auch möglich sein, diese Verhältnisse so zu gestalten, wie es für uns notwendig ist. Wenn der alte Stamm langjährig organisierter Kollegen mitarbeitet, um die uns Fernstehenden noch zu gewinnen, werden wir im nächsten Jahre bedeutend besser dastehen.

Cöln. (Situationbericht.) Mit den besten Aussichten wurde das Jahr 1907 begonnen. Galt es doch für Cöln den im Frühjahr 1906 abgeschlossenen Lohnvertrag zur vollen Durchführung zu bringen. Der Lohnrat sieht für 1. April 1907 einen Aufschlag von 2 J. pro Stunde vor. Um das Interesse der Kollegen an dem Tarifvertrag zu wecken, wurde ein Flugblatt herausgegeben, das auf die Verhältnisse im allgemeinen und auf den Tarif im besonderen hinwies. Trotz Aufwands aller Kräfte gelang es uns nicht, eine gutbesuchte Versammlung zum Protest gegen die tarifliche der Arbeitgeber zustande zu bringen. Zeigten hier die Cölnler Kollegen so wenig Interesse, wo es galt, mitzubekommen, um ihre schon längst bewilligten Forderungen auch in der Praxis einzuführen, so war dadurch die Signatur für das ganze Jahr gegeben.

Eine zweite öffentliche Versammlung sollte feststellen, welche Unternehmer der Zahlung des Aufschlags von 2 J. pro Stunde nachgegeben sind. Die Feststellung zeigte, daß „Treu und Glauben“ bei den Unternehmern immer mehr im Schwinden begriffen ist und daß erst durch die Organisation der Gehülften durchgeführt werden muß, was auf gutlichem Wege vereinbart worden ist. Hier wäre etwas mehr Energie und Mithilfe der gesamten Kollegen am Platze gewesen. Auch beschloß die Versammlung eine Eingabe an die Stadtverwaltung, nur an solche Meister Arbeit zu vergeben, die den tariflichen Verpflichtungen den Gehülften gegenüber nachkommen. Eine Antwort ist die Stadtverwaltung uns heute noch schuldig.

Die Filialverwaltung wurde beauftragt, mit allen Mitteln für die Ein- und Durchführung des Tarifs zu wirken. Zwei Sitzungen der Schlichtungskommission, die über die Einhaltung des Tarifs zu machen hat, zeitigten keine befriedigenden Resultate. Nachdem das Vortelligenwerden der Organisationsvertreter bei den nicht tarifreifen Firmen resultatlos verlief, galt es für uns, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden. Hier zeigte sich aber bald die Unverlässlichkeit der Kollegen: lieber 2—3 M. billiger arbeiten pro Woche, als die geringen Opfer für ihre Berufsorganisation zu bringen. Vor allen Dingen soll mit den größten, aber auch gleichzeitig schlecht zahlenden Firmen abgerechnet werden. Als solche kommen in erster Linie Niederhäuser und Düllens in Betracht. Niederhäuser glaubte es nicht für nötig zu halten, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln, doch den Mut, dieses offen zu erklären, hatte er nicht und ließ sich daher verleugnen. Zwei Werkstättenbesprechungen, die zu dieser Handlungsweise Stellung nehmen sollten, waren so mächtig beschützt, daß von irgendwelchen Beschlüssen Abstand genommen werden mußte. Herr Düllens konnte, gestützt auf seine treuen Gehülften, schriftlich erklären, daß durch die Nachfrage festgestellt sei, daß keine Gehülften mit den besten (?) Verhältnissen zufrieden wären und lieber 10 Stunden arbeiten, und im Verhältnis noch weniger bezahlt werden als bei einer 8stündigen Arbeitszeit. Dieses charakterisiert aufs treffendste die dortigen Kollegen. Wegen so billig und treu geleisteter Dienste durfte auch die Mehrzahl im Herbst ausbleiben.

Durch die so plötzlich im Frühjahr durch fast ganz Rheinland und Westfalen ausgebrochene Lohnbewegung erhielten wir in Cöln einen sehr starken Zug, der das Lohn- und Arbeitsverhältnis ungünstig beeinflusste. Das Angebot der Arbeitskräfte war sogar in der Hochkonjunktur stärker als die Nachfrage, was die Unternehmer redlich auszunutzen verstanden. Im Herbst entdeckten sogar

unsere Unternehmer, daß der § 12 unseres Tarifs für sie günstiger angelegt werden könne! Nur wegen des § 12 habe man einen Tarif abgeschlossen, der da lautet: „Zur Ausschaltung der Gerichte betreffs Schlichtung etwa eintretender Differenzen dient eine Tarifkommission, bestehend aus je einem Vertreter des Gehülftenausschusses, sowie der beiden Gehülftenverbände und aus drei Meistern, deren Schiedsspruch die Parteien sich unterwerfen.“ Ohne Ausschaltung des Gewerbegerichts würde der Tarif nicht mehr anerkannt. Eine Einigung in dieser Sache steht noch aus.

Die Hauptagitation wurde durch Werkstättenbesprechungen entfaltet. Hier zeigte sich leider, daß mancher Kollege nicht auf dem Posten war.

Der Fortschritt, den wir dem Vorjahr gegenüber zu verzeichnen haben, ist ein mäßiger. Zieht man jedoch die schlechte Konjunktur in Betracht, durch die ein großer Prozentsatz unserer Kollegen im Sommer schon eine zeitlang arbeitslos war, so können wir doch zufrieden sein. 424 Kollegen wurden neu aufgenommen, wovon 212 wegen Verzug ohne Angabe der neuen Wohnung und rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten. Ein Vergleich der Mitglieder nach geleisteten Beiträgen dem Vorjahr gegenüber gestaltet sich folgendermaßen:

1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
1906: 496	1906: 604	1906: 596	1906: 541
1907: 549	1907: 649	1907: 624	1907: 552

Im Jahresdurchschnitt 1906 also 559 und 1907 593 Mitglieder.

Auch in den Zahlstellen herrschte ein reges Leben, denn auch dort galt es, regelnd auf das Lohn- und Arbeitsverhältnis einzuwirken. In der im Herbst 1906 gegründeten Zahlstelle Gumerbach gelang es uns, durch mündliche Vereinbarung mit den Meistern eine Verbesserung durchzuführen. Nachdem dieses erreicht, schwand auch plötzlich das Interesse für die Organisation.

Die Zahlstelle Ralk nahm eine erfreuliche Entwicklung. Ein fünfjähriglicher Kampf brachte den dortigen Kollegen die neunstündige Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn.

In Wülheim wurde auch der Versuch gemacht, einen Tarif zustande zu bringen, doch die Interesslosigkeit der Unorganisierten ließ ein energisches Vorgehen nicht zu. Obwohl schon Tarifvertrag aufgenommen wurde, so fand der Vorsitzende des Arbeiterschutzbundes von Wülheim es nicht für nötig, unsere Eingabe zu beantworten.

In Bonn und Wermelskirchen wurden Zahlstellen gegründet, die sich im Laufe des Jahres sehr gut entwickelten. Bonn zählt trotz der schlechten Konjunktur 65 Mitglieder.

Die Zahlstelle Guxfischen zeigte wenig Leben und ist auf dem alten Stand stehen geblieben.

In Dpladen, wo wir für den unteren Kreis Solingen einen Tarif haben, ist dieser bis zum 1. Juni 1908 gekündigt worden.

Auch bei den Dattlern setzte die Agitation im Frühjahr ein. Die gute Konjunktur, die noch im Anfang des Jahres 1907 herrschte, wiegte die meisten Kollegen in allzu große Sicherheit. Das Jahr 1908 hat bereits schon etwas mehr Bewegung hineingebracht.

Galt es doch noch innerhalb der Verwaltung viel zu regeln, da die früheren Verhältnisse, an die wir heute ungenen zurückdenken, mehr denn je zu wünschen übrig ließen.

Auf dem Gebiete der Hausflatterung, Vertrauensmännerversammlung und Werkstättenbesprechung ist vieles gebessert worden, doch um den Aufgaben, die unser noch harren, gewachsen zu sein, muß alles noch mehr ausgebaut werden.

Auch der Kampf für die volle Durchführung der Bundesratsverordnung mußte geführt werden. Doch erreichten wir nur, daß einige Unternehmer zu kleinen Geldstrafen verurteilt wurden. Die Firma Düllens, der das Streichen der alten Meibridde übertragen war, erhielt die Farbe von der Eisenbahnverwaltung gestellt und zwar von derselben Verwaltung, die sonst nur reines Bleiweiß vorschreibt, bleifrei, wie uns ein Schreiben des königlichen Amtsgerichts beehrte.

Möge auch die Agitation und die Tätigkeit zur Wahrung der Interessen der Berufskollegen eine rege gewesen sein, so müssen wir doch für das laufende Jahr alle unsere Kräfte anspannen, denn nicht der Wille des einzelnen, sondern der Wille der Massen kann großes schaffen.

Daher, hervor alle, die im verfloffenen Jahre beiseite standen und mitgeholfen an dem großen Werk, das wir noch zu vollenden haben.

Crimmitschau. (Situationbericht.) Unsere Zahlstelle frunkte an persönlichen Bewürfnissen und viele Kollegen blieben infolge dessen den Zahlabenden fern. Ein weiterer Grund war die sogenannte Pfluscherei, die leider hier förmlich zur Epidemie geworden. Auch organisierte Kollegen glauben, ohne sie nicht auskommen zu können. Wir geben wohl zu, daß die unregelmäßigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Hauptschuld tragen und bei dem fortwährenden Steigen der Nahrungsmittelpreise es wirklich recht schwer ist, auszukommen; aber auf jeden Fall ist die Pfluscherei das verkehrteste Mittel, hiergegen Abhilfe zu schaffen. Habt Ihr nicht den Mut, Euch bessere Lebensbedingungen zu erringen, nun, so müßt Ihr eben damit vorlieb nehmen, was Euch die Herren Meister gnädigst gewähren. Der Mehrverdienst, durch Pfluschen und Ueberstunden errungen, ist nur ein scheinbarer. Doppelt nagt die Ueberanstrengung an der Gesundheit des durch Unterernährung und Verarbeiten gesundheitschädlichen Materials ohnehin schon geschwächten Körpers. Ferner raubt sie dem Familienvater die wenigen Stunden, die ihm vergönnt sind, um Preise seiner Familie zu weilen. Aber auch auf den Verband wirkt die Pfluscherei zerlegend. Es bilden sich zwei Parteien, wirklich aufgeklärte Gewerkschaftler, und sogenannte Ludwiggewerkschaftler. Infolge dessen fallen hüben wie drüben harte Worte und Zwist, Uneinigkeit und Zerfahrenheit im Verband sind die Folgen. Wie aber bisher das Gute und Wahre sich stets siegreich Bahn gebrochen, so auch bei uns. Wohl wurden einige der ältesten Mitglieder, denen das Pfluschen ein Lebensbedürfnis geworden, fahnenflüchtig. Ein anderer Kollege hat wieder mit beiden Händen die Gelegenheit ergriffen (er ist auch noch der bestsituierte am Ort), wegen der Erhebung des Extrabeitrages vor zwei Jahren dem Verbands den Rücken zu kehren. Wir haben wohl nicht nötig, diesen Elementen eine Träne nachzuweinen, denn ihre Handlungsweise ist wohl der sicherste Beweis, daß sie nie dem Verbands angehört. Der Kern der Zahlstelle blieb ein guter und haben wir am Schlusse des Jahres die höchste

Mitgliederzahl seit unserem Bestehen zu verzeichnen. Seit unserer letzten Lohnbewegung 1902 war es bis voriges Jahr nicht möglich, auch nur einen Kollegen der Firma Dertel, die größte am Orte, dem Verbands zuzuführen. Zum Jahresabschluss aber war nicht ein einziger Kollege mehr vorhanden, der nicht in unseren Reihen stand. Gewiß ein schöner Erfolg. Stolz können wir auf das vergangene Jahr zurückblicken. Trotz des bekannten Zirkulars der Scharfmacher war es uns doch möglich, einem großen Teil streitender Kollegen längere Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Der gestörte Friede in unserer Zahlstelle ist wieder beigelegt. Doch, wer te Kollegen, wir dürfen nicht rasten! Unser Bestreben muß sein: „Auch der letzte Kollege in Crimmitschau muß der Organisation angehören!“ Es gilt doch, uns, die wir doch zu den Entertien und Entrechteten aus dem Volke gehören, bessere Lebensbedingungen zu schaffen, teilzunehmen an allem, was Mutter Erde ihren Kindern heult! Das beste Mittel hierzu ist: Besucht alle ohne Ausnahme die Versammlungen! Dort werden wir uns am besten kennen und schätzen lernen. Alle werden mutige, freudige Streiter werden; dann können wir auch den Unternehmern zu gegebener Zeit ein energisches „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenrufen. Unsere Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 1904: 23, 1905: 22, 1906: 27, 1907: 42. Darum, Kollegen, auf zu neuer, intensiver Arbeit! Nützt die letzten Schläfer auf aus ihrem Stumpfsein! Mühen sie lernen, daß wir geschlossen einen unüberwindlichen Wall gegen alle Fährnisse bilden, daß sie hingegen einzeln zertrreten werden!

Magdeburg. (Jahres-Bericht.) Das verfloffene Jahr stand noch erheblich unter dem Einflusse der Aufsperrung 1906 und wurde besonders von Seiten des Magdeburger Arbeitgeberverbandes im Verein mit den Hirsch-Dunder-schen alles daran gesetzt, um unserer Organisation den Garaus zu machen. Beiden Teilen schien diese Aussicht um so verlockender, als die einsetzende Krise im Baugewerbe bereits im Winter 1906—1907 große Arbeitslosigkeit hervorgerufen und das verfloffene Jahr ebenfalls nur ganz minimale Bauaktivität entwickelt hatte. Die zwei letzten Jahre waren für die Filiale Magdeburg gewissermaßen die Feuerprobe, aber trotz des vereinten Ansturms gegen uns, trotz aller schädigenden Einflüsse und aller Palliativmittelchen, die man in Anwendung zu bringen versuchte, haben wir diese Probe bestanden. Mag auch mancher Kollege aus diesen oder jenen Gründen oder durch Zwang der Verhältnisse unserer Organisation den Rücken gefehrt haben, so besteht zur Zeit dennoch ein fester Stamm Kollegen innerhalb Filiale, die mit ihren 243 Mitgliedern immer noch die maßgebendste Organisation in unserem Berufe am Orte bildet. Der Magdeburger Arbeitgeberverband resp. ein Teil seiner Mitglieder hat mit allen Mitteln versucht, unsere Organisation unmöglich zu machen, aber die Herren vergessen, daß eine Arbeiterbewegung, durch die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise impulsiv aus sich selbst herausgewachsen, nicht mit Gewaltmaßnahmen zu beseitigen geht, was der vorliegende Jahresbericht klipp und klar beweist. Die Aufsperrung hat für unsere Organisation wohl einen Rückschlag an Mitgliedern herbeigeführt, aber auf der anderen Seite noch bedeutenderen Schäden angerichtet. Denn wohl in keiner größeren Stadt Deutschlands steht zur Zeit das Pflusch- und Kleinmeister-system so in Blüte, wie in Magdeburg. Die Kleinmeister sind während und nach der Aufsperrung wie Pilze aus der Erde gewachsen und die größeren Firmen merken dies wesentlich an ihren Jahresabschlüssen und der erheblich zurückgegangenen Zahl der beschäftigten Gehülften. Wenn die aufsperrungswütigen Unternehmer glauben, auf diesem Wege zur Rettung des Handwerks ihr Heil zu finden, so mügen sie ruhig diesen Weg weiter einschlagen, weiter wie auf den Hund kann unser „schönes“ Gewerbe durch das immer mehr zunehmende Klein- und Pfluschmeisterum noch nicht mehr kommen. Daß durch ein derartig hervorgerufen System sowohl anständige Meister als auch die Gehülftenschaft zu leiden haben, scheint ja einigen der Herren vom Magdeburger Malermeister-Arbeitgeberverband in ihrer blinden Aufsperrungswut noch nicht begrifflich geworden zu sein. Im Februar 1907 beschäftigte sich der hiesige Arbeitgeberverband in einer Versammlung mit dem Thema: „Kalkulation im Malergewerbe“, bei dem Referent Betrachtungen über Submissionswesen und richtige Kalkulation bei Berechnung von Arbeiten anstellte. Nach dem Thema zu schließen, scheint man die Schäden unseres Berufes wie Pfluscherei und Submissionswesen zu verspüren. Hoffentlich wird man auch der Gehülftenschaft gegenüber in Zukunft besser kalkulieren, um derartigen unliebsamen Verhältnissen wirksam entgegenzutreten zu können. War im Anfang des Jahres 1907 noch ein schwacher Rückschlag an Mitgliedern zu bemerken, so ist im 3. und 4. Quartal eine Vorwärtsentwicklung zu konstatieren. Im 4. Quartal wurden 2719 Beitragsmarken gegen 2289 im Vorjahre verkauft. Die Gesamteinnahme betrug 6485,90 M. und die Ausgabe 6127,80 M. Die Ausgaben für Unterstützungen waren: für 59 Kollegen 832,70 M. Krankenunterstützung, für 82 Kollegen 128,84 M. Reiseunterstützung für 10 Kollegen 170.— M., Sterbeunterstützung und für sonstige Unterstützungen 106,50 M. Eingetragen waren am Schlusse des Jahres 1906 289 Mitglieder. Aufgenommen, zugereist usw. insgesamt 240; abgegangen sind 247, davon allein durch Abreise 166. Am Schlusse des Jahres 1907 waren 282 eingetragene Mitglieder vorhanden. Der durchschnittliche Mitgliederbestand nach vollbezahlten Jahresbeiträgen berechnet, beträgt 243 gegen 270 im Vorjahre. Die Korrespondenz belief sich auf 572 Eingänge und 1067 Ausgänge. Der Arbeitsnachweis wurde in 251 Fällen benutzt und zwar in 160 Fällen nach auswärts und in 91 nach hier. Offene Stellen waren 861, vermittelt wurden 271, unbefest resp. erledigt 90 Stellen. Die Frequenz der Bibliothek war ebenfalls eine sehr erfreuliche, es wurden 243 literarische Werke ausgeteilt, Vorlagenwerke wurden von 71 Kollegen benutzt. Abgehalten wurden 13 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen, davon erfolgten in 8 Versammlungen Vorträge mit verschiedenen Thematika. Die Verwaltung hatte ebenfalls ziemlich umfangreiche Arbeiten zu erledigen, 28 Vorstand- und 5 erweiterte Verwaltungssitzungen machten sich notwendig.

In der Umgebung Magdeburgs steht der Organisation ebenfalls noch ein großes Arbeitsfeld offen, eine Reihe Städte sind noch vorhanden, in denen im Sommer 12—40 Kollegen beschäftigt sind. Die neue Verwaltung wird des-

habt ihr Augenmerk auch hierauf richten müssen, um dort Fuß zu fassen. Die Zahlstelle S t e n d a l hat sich auch im laufenden Jahre gut entwickelt, am 1. Januar waren noch 35 Mitglieder vorhanden. Hier machten sich 2 Beschwerdeschriften notwendig. Eine an den Magistrat wegen Nichtbeachtung der Bleiweißverordnung in den Maler- und Lackierwerkstätten. Wenn auch eine Antwort hierauf nicht erfolgte, so war doch zu konstatieren, daß eine teilweise Durchführung der Verordnung erfolgte. Die andere Beschwerde war an das Regimentskommando zu Stendal gerichtet wegen Verwendung von Soldaten zu Malerarbeiten und haben wir schon im Vereins-Anzeiger über diesen Fall berichtet. Die Zahlstelle B u r g umfaßt zur Zeit noch 10 Kollegen; hier wird alles getan werden müssen, um diese Zahl zu erhöhen, da im Sommer 25-35 Kollegen in Frage kommen.

In November 07 wurde im Herzen des Kröcherischen Wahlkreises, in G a r d e l e g e n, eine Zahlstelle gegründet, der jetzt 6 Kollegen angehören und wir hoffen trotz aller Polizeihindernisse, mit denen man der dortigen Gewerkschaftsbewegung zusetzt, diesen Stamm noch zu vergrößern. Die Filiale S c h ö n e b e c k hat sich seit 1. Januar ebenfalls mit 21 Mitgliedern als Zahlstelle angegeschlossen.

Bezüglich der Agitation wurde alles getan, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, die das ganze Jahr über nicht die glänzendsten waren und manchen Kollegen, besonders durch das hinterlistige Verhalten der Büttnerschen Harmonie-Apostel in den Arbeitgeberverbands-Werkstätten nötigten, seine Organisationszugehörigkeit zu verleugnen. Aber trotz aller Liebedienerei sind die Hirsche am Orte noch auf keinen grünen Zweig gekommen. Ihre Mitglieder- und Kassenerhältnisse hielten sie in phantastisches Dunkel und haben auch berechtigten Grund dazu. Das Reichsarbeitsblatt stellte fest, daß die Hirsche-Dunckerischen Gewerkschaften in den ersten drei Quartalen 07 einen Mitgliederzuwachs von 9533 Mitgliedern — darunter die graphischen Berufe, denen die Maler angehören, von 1899 auf 1673 und mittlerweile auf 1622 Mitglieder — zu verzeichnen hatten. Dieser Krebsgang wird wahrscheinlich auch hier schon seine Wirkung ausüben. Unter früherer Nachfolge, jetziger Ergewerksvereinssekretär und Redakteur a. D. Büttner, selbigen Ungegenstands, hat ja alles vermieden, seine Mitglieder von dieser Tatsache zu unterrichten, deshalb wird es unsere Aufgabe mit sein, diesen Kollegen die Ausschichtslosigkeit ihrer Bewegung, speziell in unserem Berufe, vor Augen zu führen. Weidworts muß es unsere Pflicht sein, den Gewerksvereinen und den uns fernstehenden Kollegen die Entwicklung der Lohnverhältnisse im Malergewerbe Magdeburgs entgegen zu halten. Von 1896-1900 wurden noch Löhne unter 35 S die Stunde bezahlt, von 1901-1904 bestanden Löhne von 35-43 S. Durch die Lohnbewegung 1904 wurde ein Minimallohn von 43 und 1905 durch Vereinbarung ein Stundenlohn von 45 S geschaffen. Zur Zeit beträgt der Durchschnittslohn 50 S, wobei in den 12 Jahren seit Gründung der Filiale eine Steigerung der Löhne von über 15 S pro Stunde eingetreten ist. Diese Ertragslosigkeit können wir einzig und allein auf das Konto unserer Zentralverbandes setzen und mühten die Kollegen Magdeburgs aus diesen Zahlen und an der Entwicklung der Lohnverhältnisse anderer Großstädte endlich ersehen, daß ohne starke Organisation keine Verbesserung der Löhne eintreten kann. Die einsehende Krise und die dadurch erzeugte große Arbeitslosigkeit sind wiederum ein Beweis dafür, daß die bestehenden Löhne noch lange nicht den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen. Nach unserer angenommenen Arbeitslosenstatistik waren im Oktober 28 Proz., im November 50 Proz., und im Dezember 73 Proz. der befragten Kollegen arbeitslos. Im Magdeburger Stadtverordneten-Parlament erklärte vor kurzem ein bürgerlicher Abgeordneter bei Besprechung der Interpellation betreffs Koststandsarbeiten, daß bei diesen Arbeiten die Saisonarbeiter (Maurer, Zimmerer, Maler usw.) ausgeschaltet werden mühten. Er empfahl ihnen im Sommer weisse Sparjacken, damit sie in den Zeiten der Arbeitslosigkeit etwas übrig hätten. Nun, diesem Herrn muß man keine Naivität verzeihen, er empfindet nicht, wie es einem Saisonarbeiter zu Mute ist, wenn er 10 bis 12 und noch mehr Wochen auf der Straße liegt, bei einem jährlichen Einkommen von 700-900 M. Wir richten an die Magdeburger Kollegen das dringende Ersuchen, alle stattfindenden Versammlungen regelmäßig zahlreich zu besuchen. Die Verwaltung wird es sich zur Pflicht machen, durch interessante Themen die Bildung und das Wissen der Kollegen zu bereichern.

Darum Kollegen Magdeburgs, fort mit aller Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit, vorwärts mit neuer Kraft und Energie, auf zur Agitation für den Verband! Fr. Peter.

Marburg. (Jahres-Bericht.) Das verfloßene Jahr war ein ziemlich ruhiges, da wir Lohnbewegungen oder sonstige Streitigkeiten nicht zu verzeichnen hatten. Ueber die Entwicklung der Filiale Marburg in den letzten Jahren gibt folgende Aufstellung nach geleisteten Beiträgen ein übersichtliches Bild:

Jahr	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.	Durchschnitt
1905	51	68	69	64	64
1906	97	86	83	87	78
1907	73	60	63	62	64

Der Mitgliederstand ist also derselbe wie 1905, gegen 1906 ein Weniger von 14 Mitgliedern. Diese Zunahme im Jahre 1906 ist auf die damalige Lohnbewegung zurückzuführen. Auch die Extraktsteuer trug hierzu bei, während die Beitragserhöhung nur 3-4 Mann kostete. Vergangenen Sommer waren in 22 Betrieben 130-140 Kollegen beschäftigt, nebst 48 Lehrlingen. Wer sich hier gewerkschaftlich betätigen will, findet also ein reiches Arbeitsfeld. Der Lohn schwankte zwischen 30 und 45 S, durchschnittlich betrug er 38,2 S. Gegen 1906 ein Mehr von 2 S. Im Laufe d. J. fanden 8 Mitglieder- und 3 außerordentliche Versammlungen statt, nebst 5 Vorstandssitzungen. Eingegangen sind 14 Briefschaften, abgesandt 308. Der Kassenerbericht gestaltete sich folgendermaßen: Einnahme 1188,15 M., Ausgabe 1109,46 M.; Kassenbestand somit inkl. des Bestandes von 1906 185,82 M. Der ruhige Geschäftsgang kann den Kollegen das nötige Interesse an der guten Sache nicht abgewinnen, zumal da das Gros der Kollegen auswärts wohnt und somit einen 12-16stündigen Arbeitstag hat. Man übersieht sich lieber stumpfsinnigem Hinbrüten, anstatt sich mit seinen Arbeitskollegen energig aufzuraffen. Und doch fällt manches Korn auf guten Boden, das müssen selbst unsere Herren Meister zugeben.

Erklärte doch kürzlich einer der Herren: „Ja, die Leute sind nicht mehr wie früher, wo man noch alles von ihnen verlangen konnte; durch die viele Hezerei sind sie störrisch geworden, und wenn es der willigste Arbeiter war!“ Da sprechen also immer unsere Kollegen, es würde nichts bezweckt, und der gute Herr gibt ihnen unfeindlich die richtige Antwort darauf. Eine gute Sache verfolgt eben ihren Zweck, und so gerade sind nirgends die Wege gebaut, daß man kein Hemmnis finden würde. Wenn einen der gute Gedanke dabei leitet, muß es doch immer vorwärts gehen. Trotz und alledem scheint sich der Mut unter den Kollegen mehr zu heben und das Wort „frei“ auszusprechen, fällt den Kollegen nicht mehr so schwer wie ehemals; das Wort ist hier augenblicklich sehr viel im Gebrauch, indem die „freien Studenten“, die im Kampfe gegen „bessere Gesinnung und die guten alten Sitten“ der Corpsstudenten stehen, viel von sich reden machen. Unter anderem pflegen sie aber auch mit den Arbeitern freien Verkehr und haben praktische Arbeiter-Unterrichtskurse eingerichtet. Somit scheint ein freier Windhauch auch unser alsterümliches Marburg, das man gern in seinem Dornröschenschlaf ließe und vor jeglicher Verhinderung bewahren möchte, zu umwehen. Darum, Kollegen, heißt es auf die Schanzen, als Werk alle Mann, damit wir endlich durch einigeg, kollegiales Handeln unsere Macht erkennen, vorwärts schreiten!

Siegen. Jahresbericht. Am 19. Januar fand im Lokale des Herrn Braach, das wir seit März 1907 unjer Verkehrslokal nennen können, unsere Generalversammlung statt. Es war uns lange Jahre durch allerlei Schikanen unserer Gegner, sowie der Behörde unmöglich, für unsere Versammlungen ein Lokal zu bekommen. (Kulturgeschichtliches Material bietet in dieser Beziehung der Jahresbericht 1906 des Arbeitersekretariats für das Sauer- und Siegerland. Gen. Gogowshy und Herr Braach, die vom Polizeiwachmeister Müller deshalb wegen Verleumdung angeklagt waren, wurden aber von der Strafkammer zu Hagen freigesprochen.) Als wir im Februar 1907 unsere Forderungen an die Innung einreichten, die Innung aber nur mit dem Gehülfausschuß verhandeln wollte, wurde von unserer Seite darauf gedrängt, zuvor die Erziehung des Gehülfausschusses vorzunehmen, was denn auch geschah. Von den 7 Kollegen des Ausschusses sind 6 organisiert. Es wurden sofort Verhandlungen angebahnt, die aber ergebnislos verliefen. Der Gehülfausschuß nahm sich reger der Lokalfrage an und steht uns seither das obige Lokal zur Verfügung. Heute verkehren sämtliche dem freien Gewerkschaftsartell angehörenden Organisationen mit Ausnahme der Buchdrucker dahelbst. So ist der Verband der Maler, Filiale Siegen, derjenige gewesen, der dem Gewerkschaftsartell Siegen Bahn geschaffen hat, zur Erlangung eines geeigneten Lokals. Die Geschäfte der Filiale wurden in 26 Versammlungen, darunter 5 öffentlichen, erledigt. Erfreulicherweise fanden sich verschiedene Kollegen, die uns mehrere aktuelle Vorträge hielten, an die sich immer eine lebhaft Diskussion anschloß, was für die Kollegen sehr aufklärend wirkte. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die Kollegen Dohler als Vorsitzender und Fr. Zimmermann als Kassierer einstimmig wiedergewählt, für den bisherigen Schriftführer Kollegen W. Schmit, der eine Wiederwahl ablehnte, Koll. P. Reich, als Revisoren die Kollegen R. Feldmann, S. Fahl. Die Jahresrechnung betrug 1878,77 M gegen 867,26 M i. Vorj., die Jahresausgabe betrug 1678,15 M gegen 819,58 M i. Vorj., so daß jetzt ein Filialvermögen von 195,62 M vorhanden ist, gegen 42,36 M Schulden vom 1. Januar 1906. Ist unser Kassenvermögen auch in letzter Zeit erfreulich gestiegen, so ist es dennoch noch lange nicht der heutigen, verschärften Situation entsprechend. Die Unternehmer rüsten zum Kampf und geben uns ein Beispiel, hinter dem wir nicht zurückstehen dürfen. Unsere erste und ernste Aufgabe muß es daher sein, dahingehend die dringenden notwendigen Verbesserungen herbeizuführen. Nachdem die letzte Generalversammlung eine Beitragserhöhung und einen höheren Prozentfuß für die Hauptkasse beschlossen hat, haben wir unseren Sommerbeitrag, den wir 1907 vom 1. Juli ab auf 55 S und im Winter auf 25 S erhöht haben, vom 1. März d. J. ab auf 65 S erhöht. Bis jetzt haben wir monatlich einen Extrabeitrag für Kartell und Sekretariat erhoben, der nun in Wegfall kommt und aus der Filialkasse abgeführt wird. Erfreulicherweise hat sich die überwiegende Mehrheit der hiesigen Kollegen für die Erhöhung ausgesprochen. Durch die anergogene Opferwilligkeit unserer Kollegen wird es uns wohl auch späterhin gelingen, wenn einmal die Reihe wieder an uns kommen sollte, eine für uns erfolgreiche Lohnbewegung den teuren Siegener Verhältnissen entsprechend durchzuführen. — Ein denkwürdiges Jahr ist für uns das verfloßene zu nennen, denn es ist uns gelungen, endlich auch einmal in dem „Krönchen des Siegerlandes“ den ersten Tarif, natürlich nach 14tägigem Kampfe abzuschließen. Am 13. März legten wir einstimmig die Arbeit nieder und schon am folgenden Tage fanden Verhandlungen statt, die aber an dem prozesshaften Benehmen einiger Unternehmer scheiterten; am 28. März (Gründonnerstag) reichten sie uns dann vor dem Einigungsamt die Hand zum Frieden und wünschten uns fröhliche Ostern, nachdem sie unsere Organisation anerkannt, einen Mindestlohn von 43 und 48 S sowie den üblichen Zuschlag für Ueberland- und Gerüstarbeiten, Ueberzeit-, Nacht- und Sonntagarbeit bewilligt hatten; somit hatten wir den ersten Tarif, der aber nur der äußersten Disziplin, dem zielbewußten, einmütigen Vorgehen unserer Siegener Kollegen zu verdanken ist. Daß auch die damals der Organisation noch fernstehenden Kollegen endlich einsahen, wo ihr Platz ist im Kampfe um die Verbesserung ihrer Lebenslage, zeigt, daß wir im letzten Jahre 66 Aufnahmen gegen 88 im Jahre 1906 machen konnten. Aber immer stehen uns noch viele fern. Vielen den Zweck und Nutzen unserer Organisation klar zu machen, muß unsere wichtigste Aufgabe sein, damit wir im Frühjahr 1909 bei Ablauf unseres Tarifs geschlossener und gefestigter denn je dastehen. Nur dann können wir mit frohem Herzen in die Zukunft blicken. Darum Kollegen aus Siegen und Umgegend, ermutet und rastet nicht, bis sich auch der letzte Kollege unserer Organisation angeschlossen hat! A. D.

Wilhelmshaven. Wieder ist ein Jahr der Aufklärung und Arbeit verfloß. Hat uns das verfloßene Jahr auch keine eigentlichen Kämpfe hier an Orte gebracht, so war unser Bestreben doch darauf gerichtet, die Kollegen fester zusammenzuschweißen, sie aufzuklären und zu disziplinieren. Bekanntlich herrscht in Wilhelmshaven-Küstingen schon seit 1 1/2 Jahren eine solche mitleidige Lage, im Baugewerbe, daß von keiner nennenswerten Organisation etwas Positives im vergangenen Jahr zu erreichen war.

Baukrach über Baukrach, ganze Mietkasernen stehen leer und an Neubauten ist nicht zu denken. Ein modernes Bineta, wie St. Wagner im Volksblatt schreibt. Unser Tarif lief am 1. April 1907 ab. Wir hatten frühzeitig einen neuen, verbesserten eingereicht, wobei es sich hauptsächlich um Arbeitszeitverkürzung, kleine Teuerungszulage, sowie um die Regelung der Ueberlandarbeit handelte. Wir hatten auch eine Kommissionsführung, konnten aber in dieser nichts erreichen, sodas die Verhandlung resultatlos verlief. Wir benutzten nun die Zeit, mit dem festeren Ausbau unserer inneren Organisation durch belehrende Vorträge usw. umzusetzen. Der Vorstand hielt ab 27 Vorstandssitzungen und 26 Mitgliederversammlungen nebst einer außerordentlichen Versammlung. Die Werkstellen-belegierten nebst Vorstand hatten 12 Sitzungen, in denen Klagen und Mißstände der einzelnen Werkstellen geregelt wurden. Der Mitgliederbestand der Sektion II, der Werftmaler, ist von 48 auf 30 Mitglieder zurückgegangen. Dieses ist gewiß ein trauriges Zeichen und beweist wieder, wieviel Arbeit es den noch gebliebenen Kollegen macht, um ihre Sektion einigermaßen hochzuhalten. Liebedauerlich ist es gerade von den Werftmalern, daß sie der Organisation so wenig Verständnis entgegenbringen, zumal sie doch im verfloßenen Jahre wiederum am eigenen Leibe gemerkt haben, daß ein fester Zusammenschluß für sie unbedingt notwendig ist. Hoffentlich beherzigen die Kollegen diese paar Worte und ändern ihre rückständigen Ansichten. Der Kassenbestand der Filiale betrug am Schlusse des Jahres 1907 1188 M. An Mitgliedern waren zu verzeichnen im 1. Quartal 155, im 2. 249, im 3. 193 und im 4. 109, durchschnittlich also 161 Mitglieder. Unsere Hauskassierung war ziemlich geregelt. An Aufnahmen hatten wir 99, die sich meist aus Zugereisten und Neuausgelernten zusammensetzten. Das Schmerzenskind unserer Filiale ist immer noch der Arbeitsnachweis, dem man im verfloßenen Jahre kein Lob aussprechen konnte. Es liegt meistens an den Zugereisten, die es nicht für nötig halten, sich ordnungsgemäß eintragen zu lassen. Ein großer Fehler war jedenfalls auch der oftmalige Wechsel des Arbeitsnachweisleiters, unstreitig muß auf diesem Gebiete noch fleißig und gewissenhaft gearbeitet werden. Unsere Bibliothek wurde ziemlich in Anspruch genommen, nach Gründung einer Zentralbibliothek wurde sie dieser übergeben. Von unseren Zahlstellen können wir nicht viel berichten. In B a r e l ist die Lage im ganzen Baugewerbe eine schlechte. Die wenigen Kollegen, die dort beschäftigt sind, hielten gut zusammen. In der Zahlstelle N o r b e n war die Konjunktur ebenfalls äußerst ungünstig, es arbeiteten dort im Sommer auch nur wenige Kollegen, die ihr möglichstes tun, um die Organisation hochzuhalten. N o r b e r e y florierte in der Saison sehr gut, es kann sich dort kein Unorganisierter halten, wie es auf den meisten Inseln bekannt ist. Dies wäre im allgemeinen ein Bild von der Lage unserer Filiale nebst Zahlstellen. Noch viel gibt es zu kämpfen, um weitere dringende Verbesserungen zu erzielen, deshalb sollten die Kollegen sich dessen eingedenk sein, daß nur Einigkeit und Opferwilligkeit uns zu dem Ziele führt, dem wir als organisierte denkende Arbeiter zustreben.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Der Leberarbeiterverband hatte im Jahre 1907 59 Streiks und Lohnbewegungen zu führen, an denen insgesamt 4695 Personen beteiligt waren. Und zwar wurden geführt: 11 Angriffsstreiks mit 669 Beteiligten, 40 Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit 3724 Beteiligten, 8 Bewegungen zur Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit 302 Beteiligten. Die Kosten der Bewegungen bezifferten sich auf insgesamt 43 000 M. Durch die Streiks und Lohnbewegungen ohne Arbeitszeiterkürzung wurde für 3599 Beteiligte Personen eine Arbeitszeiterkürzung von 12 210 Stunden pro Woche und für 1895 Personen eine Lohnerhöhung um 1409 M pro Woche erzielt. — Die „Leberarbeiterzeitung“ blüht Ende Februar d. J. auf ein 30jähriges Bestehen zurück. Aus dem ehemaligen „Vereinsblatt“ der Weizgerber hervorgegangen, ist die „Leberarbeiterzeitung“ mit der Entwicklung des Verbandes vorwärts geschritten, als treuer Berater und mutiger Streiter. Daß das Organ auf diesem Wege weiter fortschreitet und vollendet, wie es so schön in seinem Leitgedicht heißt: „Wir bauen aus, wir wirken fort und schärfen unsere Klagen, daß wir durch Matschlag und durch Wort, den Sieg vereint erringen“ — das wünschen wir ihm herzlichst.

— Wer handelt christlich? Die Antwort auf diese Frage gibt in unabweidiger Weise ein Pfarrer in dem christlich-sozialen Wochenblattchen „Die Arbeit“. Er wendet sich gegen die in diesem Blättchen wie auch bekanntlich in der christlichen Gewerkschaftspresse übliche Beschimpfung der freien Gewerkschaften und schreibt: „Das würde doch wohl im Ernste niemand zu behaupten wagen, daß die dem Arbeiter nicht gerecht werdende gesellschaftliche Ordnung die gottgewollte, d. h. ein Mährchen nicht sei. Man sagt, die soziale Bewegung ist sozialdemokratisch, und an einer sozialdemokratischen Bewegung sieht sich zu beteiligen, ist einem Christen unmöglich. Nun ist ja gewiß, daß die sozialdemokratische Partei sich der Arbeiter mit aller Macht angenommen hat und für ihre Forderungen eintritt, und es braucht uns nicht wunder zu nehmen, wenn die Arbeiter der sozialdemokratischen Partei dafür dankbar sind. Anstatt darüber auf christlicher Seite zu zetern, sollte man einmal an seine Brust schlagen und sich sagen, daß hier die Sozialdemokraten wirklich christlich gehandelt haben und sollte ebenso handeln.“ Gewissen Paraisären, die namentlich in der christlichen Gewerkschaftspresse ihr unchristliches Wesen treiben, seien diese Worte eines unbefangenen Mannes zur Beachtung empfohlen.

— Ein christlicher Lehrer über Armut und Arbeiternot. Ein Berliner Lehrer von christlicher Gesinnung, der sich sicherlich für einen würdigen Nachfolger des großen Nazareners hält, hat das Bedürfnis gefühlt, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie er über die Frage der Speisung notleidender Schulkinder denkt. Als die Sache durch den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten in Fluß gebracht worden war und in den Schulen die bezüglichen Ermittlungen angestellt wurden, setzte dieser Lehrer sich hin und schrieb eine Schimpfepistel gegen die Arbeiterbevölkerung. Und das Pastorenblatt „Reichsbote“ bruckte sie ihm ab. Wir wüßten uns nicht, daß es just wieder ein Pastorenblatt ist, das sich hierzu hergibt. In den Kirchen predigen Pastoren den Darben-

den Entfagung und vertrüsten sie auf die Freuden des Jenseits. Pastoren und übergleichen zeteren in der Presse über Begehrlichkeit der Arbeiter und rufen die Bestehenden zur Abwehr auf. Da war es nur in der Ordnung, daß auch der Lehrer sein Opus einem Pastorenblatt übergab und daß das Pastorenblatt es veröffentlichte.

Der von besagtem Pastorenblatt mit offener Armen aufgenommene Lehrer spottet über das „sozialdemokratische Geschrei“ und fragt zweifelnd: „Ist wirklich die geschilberte Not und Armut vorhanden? Oder ist das Geschrei nicht vielmehr auf das Konto einer nimmermatten Begehrlichkeit zu setzen?“ Er muß zugeben, daß in Berlin „hauptsächlich viel mehr Armut vorhanden ist, als mancher auch nur ahnt“. Aber er versichert, daß „für die Armen von Seiten Berlins großherzig gesorgt“ werde. Nur werde oft die Unterstützung unwürdigen gewährt, aber Würdigen vorenthalten. Ganz ähnlich stehe es um die Frage der Schulkinderfütterung. Der „Reichsboten“-Pädagoge glaubt nicht, daß die Ermittlungen ein richtiges Bild geben werden. Er sagt: „Sofort, wenn so etwas bekannt wird, heißt es in den sozialdemokratischen Blättern: „Aufgepaßt!“ — es gibt was zu erobern! Es wird den Kindern eingeschärft, sich ja zu melden und sich recht „arm“ zu stellen, und so wird den Lehrern das Blaue vom Himmel herunter vorgelogen.“ So schreibt der „Berliner Lehrer“ des „Reichsboten“! Warum gebraucht der Mann die Vorsicht, den Namen des „sozialdemokratischen Blattes“ zu verschweigen, in dem er derartiges gelesen haben will?

Der Pädagoge des Pastorenblattes schildert dann, wie gut es heutzutage — seiner Meinung nach — dem Arbeiter geht: „Unter 50 J Stundenlohn arbeitet ein Arbeiter in der Großstadt überhaupt nicht. Maurer verdienen pro Stunde 75—80 J, Kellner noch mehr. In vielen anderen Berufen steht es ähnlich. Das Jahres-einkommen eines Arbeiters in der Großstadt erreicht die Durchschnittshöhe von etwa 1600—1800 M. Es gibt zahlreiche Berufe, die ein so hohes Einkommen lange nicht haben. Wer arbeiten will, findet auch Arbeit und braucht nicht zu „hungern“. Wirklich ganz Arme braucht es in der großen Stadt eigentlich nur wenige zu geben. Und welche Pflichten hat der Arbeiter? Steuern und sonstige Abgaben sind in der Regel sehr minimale und häufig gar keine in Abrechnung zu bringen. Für Ausbildung der Kinder wird nichts Besonderliches verwendet. Miete ist die einzige höhere Ausgabe. Hierzu kommt, daß Arbeiterkinder von 12 Jahren an sämtlich verdienen.“

Man sieht, dieser Mann „kennt“ die Lage der Arbeiter. Aber er weiß auch zu erzählen, wie sie all das viele Geld verjubeln. „Man gehe“, so wettert er, „des Sonnabends und Sonntags in die Bäder- und Fleischerläden, und man wird sehen, wie das Geld gar keine Rolle spielt. Die schönsten Kuchen aller Art, die meiste Schlagsahne, das meiste Fleisch kaufen die Arbeiterfrauen.“

Man hatte einmal den Vergnügungsetablissemments und den „Rummelplätzen“ am Sonntag einen Besuch ab, und man wird sehen, wie die Großen mit Gewalt verpielt, vertanzt, vertrunken und vergeudet werden.“ Der Pädagoge des Pastorenblattes kommt zu dem jenseitigen Schluss: „Die Niederlichkeit ist gerade in der Arbeiterbevölkerung erschrecklich groß.“

Was aber wird aus dem Arbeiter, wenn alles verjubelt ist? Der Pädagoge sagt es: Die Gemeinde tritt für ihn ein. „Es ist“, so versichert er, „heute nahe beinahe wert, ein Armer zu sein.“ Besonders leicht gemacht wird dem Arbeiter die Sorge für die Kinder. Kein Schulgeld, freie Lehrmittel, Ueberwachung durch Schulärzte, Verabfolgung von Milch und Semmeln, Gewährung von Freibädern usw. usw. Und auch noch die Speisung zu Mittag! Unser Pädagoge malt höhnend bereits aus, daß jede Schule einen „Schulsohn“ haben werde, vielleicht werde auch mal ein „Schulschneider“ angestellt, der die Kleider flüchtig, schließlich komme wohl gar ein „Schulautobus“, der den Kindern den Schulweg abnimmt.

Brutaler hat giftiger Haß gegen die Arbeiterklasse sich selten geäußert. Jedes Wort der Kritik würde den Eindruck dieses Pamphlets nur abschwächen.

Das Gewerkschaftsverbot für Eisenbahner in Amerika wurde von dem Bundesgerichtshof als verfassungswidrig erklärt. In Preußen-Daunland verstoßt eine solche Arbeitervertretung ebenfalls gegen den Maxen Wortlaut der Verfassung, dessen ungeachtet ist sie aber fast bei allen deutschen Eisenbahnverwaltungen üblich. Die gegenwärtigen Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstages bieten wieder interessantes Material hierzu. Die Stellungnahme des Ministers in der Frage des Koalitionsrechts der Eisenbahner bezeichnete der Abg. Eichhorn als brutalen Unternehmerstandpunkt.

Der Gesetzentwurf über Arbeitskammern ist nunmehr dem Bundesrat zugegangen. Die Arbeiterorganisationen als Vertretung der Arbeiter sind vollständig unberücksichtigt geblieben. Wir kommen auf diese allgemeine wichtige Frage später noch zurück.

Die Leipziger Gewerkschaften, das sind die, die dem Leipziger Gewerkschaftsverband angegeschlossen sind, zählten am Schlusse des Jahres 1907 59 314 Mitglieder, darunter 5700 weibliche. Die numerisch stärkste Organisation ist in Leipzig die der Metallarbeiter: 11 759, die kleinste die der Handschuhmacher, die 17 Mitglieder zählte. Die Mitgliederzahl unseres Verbandes betrug im Jahresdurchschnitt 1063. Im Jahre 1897 zählten die Leipziger Gewerkschaften 14 288 Mitglieder, im folgenden Jahre 16 674, dann 20 420, dann 25 211. Nun aber kam das Krisenjahr 1901 und am Schlusse desselben zeigte sich, daß die Mitgliederzahl auf 23 807 gesunken war. Schon im nächsten Jahr geht es aber wieder aufwärts auf 25 536 Mitglieder, dann sogar auf 36 406 und weiter auf 42 664, auf 48 737, auf 54 303 und jetzt auf 59 314. — Trotz der ungünstigen Konjunktur ein guter Fortschritt.

Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg ist streng fernzuhalten! Im Hamburger Hafen herrscht große Arbeitslosigkeit. Die Hafenbetriebsunternehmer entlassen sogar die angeworbenen festangestellten Kontraktarbeiter oder zwingen sie zum Aussehen der Arbeit. Lasse sich kein Arbeiter durch das frivole Bemühen der Hafenbetriebsunternehmer, die Zahl der Arbeitslosen durch Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte zu vermehren, nach Hamburg locken. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Warnung ersucht.

Nur die Gewerkschaften sind es, die das Wohl der Arbeiter befördern, das muß selbst ein Scharfmacher zu-

geben. In einer Geheim Sitzung des Verbandes der elektrotechnischen Installationsfirmen Deutschlands, deren Protokoll der „Metallarbeiterzeitung“ zur Kenntnis kam, hielt der Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Herr von Reiszwiß, einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung. Nach seiner bekannten Manier schilderte er die Gewerkschaften als eine „schreckliche Gefahr“ für die Unternehmer. Aber hinter den verschlossenen Türen wußte Herr von Reiszwiß auch noch etwas anderes von den Gewerkschaften zu berichten. Er sagte nämlich:

„Ich möchte hierbei einfließen, daß ich für meine Person nicht im geringsten gewisse Verdienste der Organisation in Sachen der Hebung der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Arbeiterschaft zu leugnen beabsichtige. Ganz gewiß sind die Löhne der Arbeiter weit schneller gestiegen und die Arbeitsbedingungen überhaupt weit einheitlicher geworden, als dieses der Fall gewesen wäre, wenn wir die Koalitionsfreiheit nicht hätten.“

Also die Arbeitsbedingungen überhaupt, die Löhne speziell sind günstiger für die Arbeiter gestaltet worden durch die Gewerkschaften! Ohne Vereinigungsrecht, ohne Gewerkschaften würden die Arbeiter noch viel überdauern sein, wie jetzt. Das sagt hinter verschlossenen Türen kein Geringerer wie Herr von Reiszwiß, der sonst nicht müde wird, zum Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften zu hegen! Es ist ein alter Trick der Unternehmer, zu behaupten, was die Arbeiter an Verbesserungen erhielten, hätten sie auch ohne die Gewerkschaften bekommen. Nun wissen wir selbst von Herrn von Reiszwiß, daß den Gewerkschaften das Verdienst für die sozialen Verbesserungen zukommt! Daraus folgt: Alle Arbeiter müssen sich organisieren!

Gerichtliches.

Die „nützlichen Elemente“ müssen geschützt werden. In Dresden wurden am König Georg-Gymnasium Handzettel verteilt, in denen man die Maler der Firma Seifert zu einer Werkstatthelbprechung einlud. Dabei soll der Dekorationsmaler Hahn in Bezug auf den Lackierergehilfen Mäßiger gesagt haben: „Daß nur den Streifbrecher gehen!“ Hahn bestreitet das ganz entschieden. Lediglich der Umstand, daß er sich mehrere Tage darauf rasieren ließ, lenkte den Verdacht auf ihn. M. will ihn ganz genau wiedererkannt haben. Selbst seine Freunde jedoch, wie z. B. der nichtorganisierte Maler Werner, vermühen nicht mit Bestimmtheit zu sagen, wer die Äußerung tat. Die Staatsanwaltschaft übernahm die Strafverfolgung des Beschuldigten im öffentlichen Interesse. (1) Hahn hatte sich wegen einfacher Beleidigung im Offizialverfahren zu verantworten und dem angeht an seiner Ehre gekränkter M. wurde durch dieses Verfahren die Möglichkeit gegeben, als Zeuge aufzutreten. Nach dem Stand der Sache würde ein gewöhnlicher Sterblicher, bei dem kein öffentliches Interesse vorliegt, mit seiner Klage abgewiesen worden sein, weil er im Privatklageverfahren lediglich als Partei in Frage kommt. So wurde Hahn der beschworenen Aussage des angeklagten Beleidigten gemäß wegen formeller Beleidigung nach § 185 des Reichsstrafgesetzbuches zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Dom Ausland.

Oesterreich. Gesperrt sind: In Reichenberg die Werkstätten Willy Reil und Gebr. Rech; in Meran die Werkstätte Tauß; in Abbazia die Werkstätte Galuska.

Ungarn. Gesperrt sind die Städte: Szatmár, Kaposvár, Miskolcz, Szolnok, Kolozsvár, Arad, Gyula, Komárom und Lugos.

Schweiz. In Interlaken sind die Kollegen noch ausgesperrt. Bezug ist strengstens fernzuhalten.

Belgien. Die zahlreichen belgischen Gewerkschaften im Baugewerbe haben sich zu einem einheitlichen Bauarbeiterverband vereinigt. Der Verband hat seinen Sitz im Volkshause in Brüssel und hat auch bereits die erste Nummer seines monatlich erscheinenden Organs herausgegeben, von dem eine französische Ausgabe „Le Travailleur du Batiment“ und eine flämische „De Bouwwerker“ erscheint. Der Verband zählt zurzeit 6000 Mitglieder, was einer Zunahme um das Zweifache gegenüber dem Vorjahre entspricht. Die belgischen Bauarbeiter gehören merkwürdigerweise zu denjenigen Arbeitern, die am allerlehten sich ernsthaft zu organisieren anfangen. Bekanntlich steht es auch mit unjeren Berufscollegen nicht am besten, die vielen lokalen Vereinen hinderten ein kraftvolles, geschlossenes Vorwärtsschreiten.

Frankreich. Dem sozialistischen Genossenschaftsbund gehörten im Jahre 1907 250 Genossenschaften an. Die für 1907 angenommene Statistik über den Umfang des Geschäftsbetriebes erstreckt sich auf 186 Konsumgenossenschaften. Diese Genossenschaften hatten im Jahre 1907 einen Umsatz von 28,38 Millionen Francs, ein Mehr von 8 Millionen Francs gegenüber dem Vorjahre. Die Zahl der Mitglieder ist von 66 000 auf 78 000 gestiegen. Die 42 Produktivgenossenschaften produzierten Wein, Bier, Käse, Bohnen, Schokolade, Marmelade, Weinfässer usw. von 9,97 Millionen Francs. Die größte Genossenschaft ist die Vellepöise in Paris, die jetzt 6500 Mitglieder zählt und im Jahre 1907 einen Umsatz von 3,8 Mill. Francs erzielt hat. Sie beschäftigt 135 Personen.

Die Genossenschaftsbewegung in Rußland hat im letzten Jahre Dimensionen angenommen, die zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft berechtigen. Die eingebämmte Energie der Arbeitermassen — und in letzter Zeit auch der Dorfbevölkerung — hat zum Teil ihren Ausweg gefunden in einer außerordentlich lebhaften Beteiligung an der Genossenschaftsbewegung, um so mehr, als die eingesezte Lebensmittelteuerung die Frage ihrer Bekämpfung aktuell gemacht hat. Besondere Erfolge hat die Bewegung in Petersburg zu verzeichnen, wo der Verein „Trudovoi Spojn“ Tausende von Mitgliedern besitzt, eine eigene Bäckerei eingerichtet hat. Wie sehr er an Bedeutung gewonnen hat, ist aus einer Resolution ersichtlich, die auf der Generalversammlung des Verbandes der Ladeninhaber in den Stadtteilen Wassili Drow und Petersburgskaja Storoza am 19. Dezember v. J. angenommen wurde. Da auf der Versammlung konstatiert wurde, daß alle Mittel gegen die Genossenschaftsbewegung ausgeschlagen seien, beschloß sie, zum letzten Mittel „zu greifen und die Rechts-

parteien zu erschrecken, eine Interpellation in die Reichsduma einzubringen, anläßlich der Tätigkeit der Konsumläden, die „den privaten Handel und die Industrie untergraben und denen die Lebensgrundlage, den Sozialismus zu verwirklichen.“

Rußland. Das Kapital organisiert sich. Während sich die Regierung mit der ganzen Wucht ihrer Repressivgewalt auf die Arbeiterorganisationen stürzt, fördert sie mit allen Mitteln die Einigungsbestrebungen der Unternehmer. Nach den Angaben der offiziellen „Handels- und Industriezeitung“ sind gegenwärtig schon 120 Unternehmerverbände gesetzlich registriert. Eine besonders hohe Zahl der Verbände (ca. 30 Prozent) weist Südrußland auf; im Gouvernement Cherson allein sind 27 Verbände registriert. Die Syndikatsbewegung hat fast alle Gewerbezweige ergriffen. An erster Stelle rangierten die Inhaber von Handels- und Industrieetablissemments — mit 43 Verbänden, ihnen folgten die Fabrikanten — mit 18 Verbänden, die Inhaber von Druckereien — mit 9, die Bäcker und Konditoren — mit 9 usw. Die Mehrzahl dieser Verbände stellt sich als Hauptaufgabe, die ökonomischen Forderungen der Arbeiter mit vereinten Kräften zu bekämpfen und die Lohnbedingungen in gleichartigen Branchen möglichst auszugleichen.

Literarisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 1 des dritten Jahrgangs, Januar 1908. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlerstraße Nr. 43.

Ueber eine heitere Begebenheit aus der Zeit des Sozialisten-Gesetzes lesen wir in Bernsteins „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“:

„Eine ganze Reihe geringerer Verurteilungen erfolgten wegen Brandbruchs gegen Ausgewiesene, die ihren zurückgebliebenen Familien heimlich Besuche abtratteten. Besonders Erwähnung davon verdient der Fall des Restaurateurs Schulze, Besitzer einer Kellervirtschaft in der Saarbrückerstraße. Es war ein origineller Kauz, der schon vor dem Sozialistengesetz die Polizei dadurch geärgert hatte, daß er an dem Garten vor seinem Keller ein breites Schild mit der Aufschrift anbringen ließ: „Bairisch Bier 10 J, Landrösche 20 J, Berliner Freie Presse gratis.“ Wahrscheinlich zur Strafe dafür und weil bei ihm öfter Kommissarungen stattgefunden hatten, wurde er mit der Ausweisung bedacht, denn irgend welche sonstige Agitationstätigkeit hatte er nicht ausgeübt. Bald nun kam die Polizei, die sein Lokal überwachen ließ, dahinter, daß Schulze immer wieder nach Berlin zu seiner Familie zurückkehrte. Aber so oft sie bei ihm hausjuchsen ließ, erwies sich dies lange Zeit als fruchtlos. Selbst wenn die Spitzel, die ihn in den Keller hatten gehen sehen, diesen unausgesezt beobachteten, war Schulze von der nachrückenden Polizei nicht zu ermitteln, bis schließlich Angerebert eines Tages den Schleier des Geheimnisses küttelte. Im Hinterzimmer seiner Wirtschaft, wo das Billard stand, hatte Schulze unter diesem eine Diele herausgehauen und in das Erdreich darunter eine Höhle graben lassen, in die er, sobald die Polizei in Sicht kam, verschwand. Dort holte man ihn eines Tages heraus, und nun erfolgte wegen Brandbruchs Verurteilung des Höhlenbewohners zu vier Wochen Gefängnis.“

Das illustrierte Werk, dem wir die vorstehenden Ausführungen entnehmen, erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68. Der erste Teil des Werkes, der in 17 Lieferungen à 30 J erschienen ist, kann durch jede Parteibuchhandlung bezogen werden. Von dem zweiten Teil, der ebenfalls 17 Lieferungen umfaßt, liegen die Lieferungen 1 und 2 vor.

Le Traducteur (16. Jahrg.), Die Translator (6. Jahrg.), El Traduttore (1. Jahrg.). Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Sprachschriften bieten hauptsächlich folgenden Inhalt: Interessante Erzählungen, naturwissenschaftliche Aufsätze, Belehrungen über Länder- und Völkerkunde, Handel, Sitten und Gebräuche, entweder mit genauer Uebersetzung oder mit Fußnoten. Neben dem Sprachstudium berücksichtigen sie auch die Aneignung ungenauer wichtiger Sachkenntnisse. Ganz besonders nützlich dürften die in jeder Nummer enthaltenen Gespräche sein, in denen hauptsächlich die in den Schulen nicht genug gepflegte Umgangssprache berücksichtigt wird. Außerdem wird den Lesern Gelegenheit geboten, mit Ausländern zu korrespondieren. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Mitteilfrage und Sozialdemokratie. Referat auf dem Parteitag in Essen 1907. Mit einem Anhang. Von Emanuel Wurm. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 M. Agitationsausgabe 30 J.

Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung von Karl Rantzig. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 50 J.

Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schifffahrt und Landwirtschaft. Unter diesem Titel ist soeben ein neues Heft der Sozialdemokratischen Flugschriften, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegeben. Preis 10 J.

Die Geschichte des preussischen Wahlrechts.

Im Kampf gegen das preussische Wahlrecht ist soeben zur rechten Zeit ein treffliches Buch im Verlag der „Hülse“, G. m. b. H., Schöneberg-Berlin, aus der Feder von G. v. Gerlach erschienen, betitelt: „Die Geschichte des preussischen Wahlrechts“ (Preis geb. 3 M.). Wie der Verfasser im Vorwort hervorhebt, soll die Schrift allein dem Zweck dienen, den Gegnern dieses Wahlrechts möglichst gute Waffen in die Hand zu geben, und eine kritische Materialsammlung liefern. Diese Aufgabe hat der Verfasser aus beste gelöst, aber er findet trotzdem auch die schärfsten Worte gegen das „widerstänige und widerrechtliche Dreiklassenwahlrecht, an dessen Wiege der Verfassungsbruch stand“. Eingehend behandelt das Buch die Entstehung dieses Gesetzes, welches Bismarck als „das elendeste aller Wahlsysteme“ bezeichnete, als ein Gesetz, welches noch nie in irgend einem Staate ausgedacht worden“. Ueber die Wirkung und Handhabung dieses Monstrums, die Wahlkreiseinteilung, die Klassenwahl, die öffentliche Wahl und die ungeheuerlichen